

# Ostland

Halbmonatschrift für den gesamten Osten

Verlag Wund Deutscher Osten G. M. Berlin W 30, Mohltage 46. Fernruf 35, Barbarossa 0914.  
Verlagsleitung Berlin 658-10 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Knebel, Berlin-Gieselerstr.  
Wilhelms-Platz 3 — Druck: Monzentron W. M. Spandau, Segefelder Straße 140 — Erscheint monatlich zweimal.  
Bezug durch die Post vierzehntägig RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — J. u. W. g.

№. 10

Berlin, den 15. Mai 1935

16. Jahrgang

## Nach dem Tode des Marschalls

Der Marschall Polens ist tot. Was der Verlust dieses Mannes für Polen bedeutet, das kann das deutsche Volk um so eher nachfühlen, als es ihm selber vergönnt ist, an seiner Spitze einen Führer zu sehen, der ihm Ausdruck seines Willens und Anbegriff seiner Weisheit ist. Pilsudski ist zum Symbol seines Volkes geworden. „Der erste Schritt zur Befreiung ist der Mut zum Freiwerden, der erste Schritt zum Sieg das Erkennen der eigenen Kraft.“ Nach diesem Worte Kosciuszko hat Pilsudski gehandelt. Als taum einer an die Befreiung Polens zu glauben wagte, hat er den Mut zum Freiwerden gehabt; und als die anderen noch ausschließlich auf fremde Hilfe vertrauten, da hat er schon begonnen, die im Volke lebenden Kräfte zu mobilisieren. Er ist der eigentliche Schöpfer des polnischen Staates und zugleich der Erzähler des polnischen Volkes gewesen. Das eine ist nicht vom andern zu trennen. Denn der Staat ist wenig, wenn das Volk, dessen Lebensform er sein soll, verlagert; und die äußere Freiheit ist ein ungewisses Geschenk, wenn das Volk, dem sie zuteil wird, noch im Geiste der Knechtschaft zu denken und zu handeln gewohnt ist. Der Marschall ist tot. Der Staat, den er geschaffen hat, steht; aber das Werk der völkischen Wiedergeburt ist noch nicht vollendet.

Die Idee der Legionen hat jezt, wo sie von der lebendigen Autorität ihres Schöpfers losgelöst ist, ihre innere Lebenkraft zu beweisen. Daß die Träger dieser Idee imstande sein werden, sich an der Macht zu behaupten, unterliegt keinem Zweifel. Die fähigsten und treuesten Anhänger des Marschalls haben alle Wackermittel des Staates in ihren Händen. Die neue Wertschätzung, die noch die Billigung Pilsudskis gefunden hat, gibt ihnen die rechtliche Grundlage für ihr weiteres Handeln. Aus der Armee sind alle oppositionellen Kräfte entfernt. Die regierungsfreundlichen Parteien sind zur Bedeutungslosigkeit herabgebrückt worden, und die Persönlichkeit des Obersten Stabes ist eine Gewähr dafür, daß sich dieser Zustand nicht ändert. Die Krise, die unter der Regierung Kozlowski die Gefolgschaft des Samierungs-lagers bedrohte, ist, wie es scheint, überwunden. Pilsudski, so heißt es in der Rundgebung des polnischen Staatspräsidenten, „suchte und zog Männer zur selbständigen Arbeit heran, auf deren Schultern schließlich die Last der Verantwortung ruhen sollte. Er hinterließ dem Volke das Erbe seiner auf die Ehre und die Macht des Staates gerichteten Gedanken“.

Aber es versteht sich von selbst, daß der Tod eines Mannes, der einen Staat geschaffen und so tief in das Leben eines Volkes eingegriffen hat, im Dasein dieses Staates und Volkes einen tiefen Einschnitt bedeutet. Es ist kein Geheimnis, daß viele Menschen in Polen, die sich dem Marschall fügten, dennoch weit davon entfernt sind, mit der Oberengruppe zu sympathisieren. Es ist auch bekannt, daß sich in der Gedankenwelt des Regierungsblokts selbst im Laufe der letzten Jahre vielfach nationaldemokratische Gedanken angelegentlich haben, die langsam, aber beständig die Ideologie der Ersten Brigade zersetzen. Und es ist fraglich, ob es dem Regierungsblock jezt nach dem Tode des Marschalls, gelingen wird, die Masse der

Jugend, vor allem der gebildeten Jugend, für sich zu gewinnen, nachdem ihm das nicht gelungen ist, solange der Marschall noch lebte. Das Wort, das vor einigen Jahren einmal ein hervorragendes Mitglied des Regierungsblokts sprach, erhält erst jezt seine volle Bedeutung: „Wir wissen, daß das Volk nicht hinter uns steht; niemand weiß, wo es steht.“

Der Marschall war die treibende Kraft im Kampfe um die Selbständigkeit der polnischen Außenpolitik gegenüber der französischen Diplomatie. Er war der Schöpfer der Armee, deren Aufgabe und Leistung die Garantie der polnischen Unabhängigkeit ist. Er galt nicht mit Unrecht als der entschiedenste Gegner einer polnischen Ostpolitik, die mehr als ein korrektes Verhältnis zu Sowjetrußland erstrebte. Er führte den polnischen Staat auf den Weg einer den Frieden sichernden Verständigung mit seinem westlichen Nachbarn. Er gab den Männern der Ersten Brigade, die er in die Politik „abkommandierte“, die Autorität, die sie benötigten, unbeirrt durch das Mißtrauen und die Kritik der in anderen politischen Auffassungen erzogenen Öffentlichkeit die ihnen vorgezeichneten Wege zu gehen. Sein Wille war schließlich Gesetz auch für die, die es noch unternehmen, gegen seine Beauftragten im Parlament und in der Presse zu kämpfen. Das Ansehen, das er auch bei seinen Feinden genoß, verhinderte die letzte Auseinandersetzung zwischen dem System und Opposition. Vielleicht läßt diese Auseinandersetzung sich jezt nicht mehr vermeiden. Es geht bei ihr um die grundsätzliche Haltung Polens in inner- und außenpolitischen Fragen, also um Fragen, die für Europa und vor allem für Deutschland von entscheidender Bedeutung sein können.

Pilsudski ist in einem Augenblick gestorben, in dem Warschau gezwungen ist, sich über ein Ereignis der europäischen Politik zu entscheiden, das wie kaum ein anderes seit der Beendigung des Weltkrieges die internationale Stellung Polens berührt. Der Verlust des Obersten Befehlshabers des französischen Einflusses auf die polnische Politik durch ein teilweises Einschwenken auf die französische Linie nach im letzten Augenblick zu verhindern, ist nicht gelangt. Warschau muß diesen Fakt als gegeben hinnehmen; und es steht fest, daß es ganz entscheidenden Wert darauf legt, daß das Bündnis mit Frankreich erhalten bleibt, und daß die Krise in Polen und im übrigen Ausland, die die deutsch-polnische Annäherung mit Mißtrauen und Zurückhaltung betrachtet haben, jezt, nach dem Tode Pilsudskis, Wurzeln wittern und eine, wenn vielleicht auch mit Vorbehalt verfehene Rückkehr Polens ins französische Lager erhoffen. Die Frage nach der außenpolitischen Orientierung Polens ist erneut in aller Schärfe gestellt. Es ist eine Schicksalsfrage für Polen, ob es bereit ist, die von Pilsudski eingeschlagenen außenpolitischen Wege zu Ende zu gehen, oder ob es die Brücken, die der Marschall nach Deutschland geschlagen hat, wieder abbrechen gedenkt. Man kann den Polen nur wünschen, daß sie von ihrem Heroismus nicht nur schon zu reden, sondern auch nach seinen Worten und in seinem Geiste zu leben und zu handeln verstehen.

Dr. K.

## Danzig nach der Guldenabwertung

Die Danziger Regierung hat sich am 2. Mai zu einer der schwersten Entscheidungen gewungen gesehen, die bisher jemals von einer Regierung der Freien Stadt getroffen werden mußten. Sie hat den Wert des Danziger Guldens mit sofortiger Wirkung um 42,37 v. H. herabgesetzt. Der Gulden ist damit dem Beispiel der Währungen Englands, Amerikas, Belgiens, Polens und der nordischen Länder gefolgt. Der Danziger Gulden und der polnische Zloty sind damit praktisch aneinander angeglichen worden. Daß die währungspolitische Lage der Freien Stadt schwierig war, war schon seit längerer Zeit weiteren Kreisen bekannt. Die Lage verschärfte sich durch die ungewöhnliche Beanspruchung des Gold- und Devisenbestandes der Bank von Danzig seitens übermäßiger Leute und gemeingefährlicher Spekulanten derart, daß der Danziger Gulden in Gefahr geriet, zumal ein Schutz der Währung durch staatliche Devisenangebotsbewirtschaftung, wie sie mit Erfolg im Deutschen Reich durchgeführt wird, in Danzig wegen dessen unglückseliger Verkopplung mit dem polnischen Wirtschafts- und Zollgebiet nicht möglich ist.

Für die Bevölkerung ist die Maßnahme der Regierung überaus bedauerlich gekommen; und sie hat, wie das bei währungspolitischen Maßnahmen stets der Fall zu sein pflegt, zunächst eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Die Danziger Regierung steht vor der überaus schwierigen Aufgabe, Preissteigerungen nach Möglichkeit zu verhindern. Wäre Danzig ein Wirtschaftsgebiet, das den Warenbedarf seiner Bevölkerung aus eigener Kraft zu decken vermöchte, dann wäre diese Aufgabe verhältnismäßig leicht zu lösen. Da aber bei der unnormalen Wirtschaftsstruktur des in hervorragendem Maße auf den Handel angewiesenen Freistaates die heimische Erzeugung nur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht, sind nach der Währungsabwertung Preissteigerungen für die aus dem Ausland kommenden Waren nicht zu vermeiden. Es ist das Bemühen der Danziger Regierung, die Preissteigerung für Auslandswaren in möglichst engen Grenzen zu halten und nach Möglichkeit eine wirtschaftliche Schädigung der arbeitenden Volksschichten zu verhindern. Die Regierung hat dem Handel die Berechtigung für eine begrenzte Preiserhöhung der aus dem Ausland bezogenen Waren zugestanden und die Erlaubnis erteilt, die Preise dieser Waren um 20 v. H. heraufzusetzen; ausgenommen von dieser Regelung sind Bäckereien, Fleischerien und Milchgeschäfte sowie billige baumwollene und wollene Tretfahnen und Strümpfe. Besondere Preisordnungen sind weiter für außereuropäische Artikel der Kolonialwarenbranche sowie für Benzin, Öl und Petroleum und für Goldwaren erfolgt. Grundsätzlich sollen inländische Erzeugnisse keine Preissteigerungen erfahren. Gegen Hamsterer und Preistreiber aller Art sind besondere Strafmaßnahmen vorgezogen. Die Löhne und Gehälter sollen dieselben bleiben. Da nun, wie erwähnt, eine Preissteigerung für die ausländischen Waren nicht verhindert werden kann, bedeutet die Guldenabwertung für die Lohn- und Gehaltsempfänger eine Verringerung ihrer Kaufkraft und damit eine Senkung ihres Lebensstandards.

Die Währungsabwertung wird im gesamten Danziger Wirtschaftsleben tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen müssen. Danzig hat bisher zu teuer produziert und zu viel Waren aus dem Ausland bezogen. Es muß billiger arbeiten und, wo es irgend angeht, seinen Bedarf an ausländischen Waren einschränken. Es ist dies für die deutsche Bevölkerung der Freien Stadt, die an einen hohen Lebensstandard gewöhnt ist, ein überaus harter Gedankens. Aber kein vernünftiger denkender Mensch wird die Schuld daran einem anderen Unklugen als dem zumessen, daß das deutsche Danzig sich seiner Kostenträgung vom Reich nur noch in beschränktem Maße herr jenseits politischen und wirtschaftlichen Schicksals ist. Der Kampf gegen das Versailles Diktat und die Abneigung gegen den Staat, der in Bezug auf Danzig stets der Nutznießer dieses Diktates gewesen ist, werden durch die unter dem Zwang höherer Gewalt erfolgte Währungsabwertung ganz gewiß nicht vermindert.

Der regierungsfremde Krakauer „Justrowany Kurjer Codzienny“ glaubt nach der Guldenabwertung Danzig eine günstige wirtschaftliche Entwicklung voraussetzen zu dürfen: „Durch die Guldenabwertung“, schreibt dieses Blatt u. a., „gewinnt Danzig unzweifelhaft sehr viel. Seine Inflation ist, die wegen der Höhe ihrer Produktionskosten Mangel an Absatzmöglichkeiten hatte, wird jetzt konkurrenzfähig, die Landwirtschaft gleicht sich in ihren Arbeitsbedingungen der polnischen Landwirtschaft an, der Handel, besonders der Exporthandel, gewinnt riesige Möglichkeiten...“ Es wird in der Tat die Aufgabe der Freien Stadt sein, die Möglichkeiten, die sich ihr mit der Guldenabwertung eröffnen, nach Kräften auszunutzen. Die Wiederherstellung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Danziger Wirtschaft auf den ausländischen Märkten ist der Hauptzweck der währungspolitischen Maßnahme gewesen. Dieser Zweck kann aber nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, zu verhindern, daß sich der innere Wert des neuen Guldens dem äußeren Werte annähert, d. h., wenn es gelingt, Preissteigerungen größeren Ausmaßes zu verhindern. Hat dieses Bemühen Erfolg, dann ist auch die wirtschaftliche Selbständigkeit der Freien Stadt, die ein wesentlicher Faktor ihrer Deutscherhaltung ist, wieder gesichert.

Vor allem wird das wirtschaftliche Verhältnis Danzigs zu Polen, nachdem jetzt die Währungsparitäten zwischen den beiden Staaten gefallen ist, beträchtliche Veränderungen erfahren. Polen glaubt jetzt seinem Ziel einer wirtschaftlichen Verleumdung der Freien Stadt mit seinem Wirtschaftsgebiet ein erhebliches Stück näher gekommen zu sein. Sein Hoffnungen und Wünsche gehen noch weiter. Es will nicht nur eine wertmäßige Angleichung der beiden Währungen, sondern die Beilegung der Danziger Währung überhaupt; es will, daß an die Stelle der Bank von Danzig ein Danziger Filial der Bank Politi tritt. Es begnügt sich nicht mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge, sondern es lind im Gegenteil polnische Kräfte am Werke, die, wie bisher schon, auch jetzt noch weiter das Vertrauen zum Danziger Gulden zu untergraben und die „Furcht in den Zloty“ zu fördern versuchen. Polen verläßt sich bei diesen Quertreibern darauf, daß das Reich zur Zeit wegen seiner eigenen Devisenknappigkeiten nicht in der Lage sein wird, dem währungspolitisch bedrängten Danzig zu Hilfe zu kommen.

Die hohe Währung hat auf der einen Seite wohl die Danziger Wirtschaft in ihrer Entfaltung nach außen gehemmt. Sie ist auf der anderen Seite aber auch ein guter Schutzwall gegen die ständig drohende Gefahr einer Ueberfremdung von Polen her gewesen. Diese Schutzmauer ist heute gebrochen. Man denke z. B. an die Danziger Technische Hochschule. Diese hat von jeher, nicht bloß aus politischen Gründen, sondern wegen ihrer den polnischen Hochschulen in Warschau und Lemberg überlegenen wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, eine beträchtliche Anziehungskraft auf die polnischen Studenten ausgeübt. Bisher aber hat die hohe Währung die Hochschule der Freien Stadt vor einem allzu großen Zugang aus Polen bewahrt. Mit der Abwertung des Guldens ist dieses Hindernis beseitigt, und dem Zustrom polnischer Studenten stehen jetzt keine so wesentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr entgegen. Aber eines wird der Ueberfremdeter deutschen Hochschule entgegenstehen: der reichsdeutsche Student. Denn auch für ihn haben sich die wirtschaftlichen Studienverhältnisse in Danzig erheblich gebessert. Es wird eine der vornehmsten Aufgaben der Deutschen Studentenschaft sein, den zu erwartenden polnischen Zustrom durch ein Massenaufgebot deutscher Studierender überhaupt erst gar nicht hochkommen zu lassen. Bis hier, auf einem wesentlichen kulturpolitischen Gebiet, so wird auch auf allen anderen Gebieten der Kampf um die Deutscherhaltung Danzigs mit neuer Schärfe entbrennen. Die Lage hat sich für die deutsche Seite nicht eben gebessert. Aber gerade die größere Not, in der sich das deutsche Danzig heute befindet, muß ein Ansporn sein, ihm die Hilfe zuteil werden zu lassen, die es als Borposten des Deutschtums im Osten und als Brücke zum Osten verdient. Danzig bedarf heute der moralischen und wirtschaftlichen Hilfe ganz Deutschlands dringender denn je.

# Die Unierte Evangelische Kirche Ostoberschlesiens

Der deutsche Charakter der evangelischen Kirche Ostoberschlesiens ist in Gefahr. Es gibt dort 20 evangelische Gemeinden, die vor der Abtretung des Gebietes etwa 80 000 Mitglieder hatten. Heute sind es nur noch etwa 40 000. Evangelische Polen hat es früher in Ostoberschlesien so gut wie gar nicht gegeben. Am Laufe der Jahre sind jedoch mit den vielen Tausenden fremder Zuwanderer aus dem Osten auch zahlreiche Polen evangelischen Bekenntnisses dorthin gekommen. Vor einigen Jahren schon wurde deren Zahl auf etwa 5000 geschätzt. Die Reichs-Loge der „Unierten evangelischen Kirche Polnisch-Oberschlesiens“ gründete sich auf die Genfer Konvention von 1922, die den Kirchen die Verpflichtung auferlegte, sich bis Mitte 1923 den neuen staatlichen Verhältnissen anzupassen. Das ist seitens der evangelischen Kirche auf der Synode vom 6. Juni 1923 geschehen. Seitdem bilden die 20 Gemeinden einen verwaltungsmäßig selbständigen, keinen Kirchenkörper. Dessen oberste Vertretung ist die Landeslogge, die die Befugnisse und Obliegenheiten einer Provinzialsynode und der General-Synode hat. Die kirchenregimentlichen Befugnisse liegen beim Landeskirchenrat, dem der Präsident (mit den Befugnissen eines Generalsuperintendenten) und vier von der Landeslogge gewählte Mitglieder angehören, und zwar drei Nichtgeistliche und ein Geistlicher. Für die Geltungsdauer der Genfer Konvention, also bis 1937, sind den Kirchen- und Religionsgesellschaften in Ostoberschlesien gewisse Erleichterungen eingeräumt worden. Dazu gehört u. a. das Recht, die Geistlichen, Beamten, Gemeindeführer usw. selbständig, und zwar auch aus dem Ausland, zu berufen, und mit der Mutterkirche in Deutschland und mit deren Versorgungseinrichtungen rein kirchliche und z. T. auch wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Trotz der Lostrennung vom Reich und trotz der zahlenmäßigen Schwächung hätte sich das Leben der evangelischen Kirche vielleicht ohne wesentliche Störung fortentwickeln können, wenn durch die zugewanderten Polen nicht Unruhe und Zwietracht in die Gemeinden hineingetragen worden wäre. In fast allen Gemeinden wird deutscher und polnischer Gottesdienst gehalten. Darüber hinaus aber haben die zugewanderten Elemente eigene polnische Vereine gegründet, polnische Diakonissen angeheilt, polnische Sondergottesdienste und Kinder-gottesdienste eingeführt usw., und zwar fast durchweg, ohne mit den zuständigen Geistlichen Fühlung zu nehmen. Das Ziel dieser polnischen Gruppen geht ganz klar darauf hinaus, die Gemeinden zu sprengen und Schritt für Schritt die Führung in den Gemeinden an sich zu bringen. Diese Störungsarbeit wird von einem Pressefakt gegen die deutsche Kirchenleitung begleitet, der eine angeblich polenfeindliche Einstellung zum Vorwurf gemacht wird. Die hauptsächlich fördernde Kraft dieser polnischen Aktion ist die Evangelische Kirche Augsburgischer Bekenntnisses in Warschau.

Nun hat die Landeslogge in Katowitz am 15. April, entprechend den Vorschlägen des Landeskirchenrates, be-

schlossen, den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße entgegenzukommen. Während bisher die aus dem Gebiet der Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisses zugewanderten Polen in die Gemeinden der Unierten Evangelischen Kirche nicht aufgenommen wurden, also in die Wählerlisten nicht eingetragen und zu Kirchenbeiträgen nicht herangezogen wurden, soll dies in Zukunft durch eine weitreichende Handhabung der Bestimmungen über die ausnahmsweise Aufnahme möglich sein. Um die polnischen Gemeindeglieder noch ausgiebiger, als es bisher schon geschehen ist, mit polnischen Gottesdiensten zu versehen, sollen polnische und auf Antrag Gottesdienste auch von Geistlichen anderer evangelischer Kirchen gehalten werden können; diese sollen dabei jedoch, wie es heißt, „die unierte Kirche als selbständige Kirche achten und sie nicht angreifen“. Weiter ist vorgelesen, daß Geistliche der Augsburgischen Kirche Konigreichpolens ordnungsgemäß auf Pfarrstellen der Unierten Kirche Ostoberschlesiens berufen werden können. (Damit wird ein Beschluß der Landeslogge aus dem Jahre 1930, keine Geistlichen der Augsburgischen Kirche in die unierten Gemeinden aufzunehmen, umgekehrt.) Außerdem sollen den Vereinen evangelischer Polen von Fall zu Fall für ihre Veranstaltungen von den Gemeinden der Unierten Kirche Gemeinderäume zur Verfügung gestellt werden. Schließlich werden auch in bezug auf den Religions- und Konfirmandenunterricht den zugewanderten evangelischen Polen Zugeständnisse gemacht.

Das bedeutet also, daß die bisher einigermaßen bewachte nationale Unfertheit der evangelischen Kirchengemeinden Ostoberschlesiens mehr und mehr preisgegeben wird. Man muß schon sehr fein um nicht zu leben, daß das der Anfang der Polonisierung ist. Wie der Generalsuperintendent Burch in Warchau, der Leiter der Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisses, die Kirche zu einem Mittel der Entfaltung gemacht hat, wie er den Frieden in den Gemeinden seines Amts-bereiches gerettet hat, wie dieser Renegat jetzt Jahren betraut ist, alle evangelischen Bekenntnisse Polens unter seine Diktatur zu bringen und ihre Selbstverwaltung dem Staate auszuliefern, das ist zur Genüge bekannt. Die deutschen Geistlichen Ostoberschlesiens, die die erwähnten Beschlüsse gelehrt haben, scheinen sich der Hoffnung hinzugeben, daß jetzt angelichts ihres wertvolligen Entgegenkommens all die unbegründeten Anfeindungen und politischen Bestuldigungen, die von polnischer Seite gegen die Katowitzer Kirchenleitung erhoben wurden, zum Schweigen kommen werden. Sie werden sich wohl bald davon überzeugen können, wie sehr sie sich getäuscht haben. Der Kampf, dem sie anheimend ausweichen wollten, wird jetzt erst richtig beginnen. Es dürfte der Kirchenleitung auch nicht leicht fallen, für ihr Verhalten in den Gemeinden selbst Verbindnisse zu finden. Die Beschlüsse scheinen übereilt und ohne vorherige Anhörung der Gemeinden, um deren Schicksal es ja schließlich geht, zustande gekommen zu sein.

## Um die Einheit des Deutschtums in Polen

Am größten Goal der Stadt Posen veranstaltete die Jungdeutsche Partei am 5. Mai eine von über 6000 Menschen besuchte Versammlung, die Zeugnis von der völkischen Erneuerung des in den Jahren des allgemeinen Verfalls zerplitterten und kraftlos gewordenen Deutschtums des Posener Landes ablegte. Tausende waren von außerhalb mit der Bahn oder aus Rädern zu dieser Kundgebung in die Wojewodtschaftshauptstadt gekommen. Die Reden der Führer der jungdeutschen Bewegung waren ein mit Begeisterung aufgenommenes Bekenntnis zur Einheit aller Deutschen in Polen. Der stellvertretende Landesführer Schneider sprach über die Erziehungsaufgaben der JDB. „Wir waren nur“, so führte er u. a. aus, „Interessengruppen und Cliquen, die nur für ihr eigenes Wohl zu sorgen bestrebt waren. Vergessen war, daß wir zum Volk gehören. Vergessen war, daß wir eine schicksals-

mäßige Gemeinschaft bilden. Vergessen war, daß der eine nichts ist ohne den anderen, daß der Einzelne vergeht, wenn sein Volk nicht mehr besteht. Vergessen war, daß der eine Stand nicht bestehen kann ohne die anderen Stände, und daß alle Stände zusammenklaffen müssen, wenn es ein gemeinsames Lebensgefühl geben soll. Was früher als groß und wertvoll angesehen wurde, ist heute zerbrochen. Heute müssen wir uns zurückfinden auf das, was uns gebunden ist, und müssen wir das zusammenfassen, was wir noch haben. Es sind uns geblieben unsere deutschen Volksgenossen in Stadt und Land, verstreut bis in die entlegensten Dörfer. Unsere Bewegung ist die äußere Organisation für den Aufbruch des Volkes. Wir haben als Partei die Aufgabe übernommen, die Erziehung der Menschen durchzuführen, um aus dem Kluffstücken des neuen Lebensgefäßes das feste Band zu

schmieden, das uns für Jahrhunderte zusammenschweißt. Es ist nicht damit getan, wenn der Einzelne sich heute in einer Stunde der Begeisterung zu uns bekennt, sondern er muß wissen, daß es erforderlich ist, sein ganzes Leben im Sinne der neuen Idee umzugestalten. Wir schaffen einen neuen Menschen, der die Brücken abbricht zu einer schmachvollen Vergangenheit, der gläubig und fähig in die Zukunft blickt. Der alte liberalistische Mensch erfüllte nur dort seine Pflicht, wo es nicht un bequem war, während der neue Mensch in jeder Stunde zu seinem Volke steht, jederzeit bereit, alles einzusetzen, wenn es für das Volk ist. . . . Es ist nicht damit getan, daß wir die Bonzen wegjagen. Gewiß, das ist notwendig und das wird auch geschehen. Aber das ist immer noch der kleinere Teil der Aufgabe. Das schwerste ist, den neuen deutschen Menschen zu schaffen, der dann bewußter Träger dieses Schicksals wird. Aus der neuen Gesinnung, die wir draußen im Alltag zu vertiefen haben, wächst das neue Deutschland, das nicht mehr müde und verzagt, sondern mutig, stark und lebensfräftig werden wird. . . . Unsere Bewegung muß die

Idealfest sammeln, die Menschen, die eine Sache um ihrer selbst willen tun. Wenn ihr zu uns kommt, so wird euch nichts gegeben, sondern wir fordern von euch nicht nur euren Beitrag, sondern auch selbst und eure ganze Einsatzbereitschaft!

Der Landesleiter der JDP, Ing. Wiesner, wandte sich in seiner Ansprache u. a. gegen die von der deutschfeindlichen polnischen Presse gegen die Bewegung gerichteten Vorwürfe der Hyalität. „Wir wissen, daß wir die Arbeit nur leisten können, wenn wir im Schutz und Schirm des Staates stehen. Daher stehen wir auf dem Boden der Tatsachen und sind gewillt, treu unsere Pflicht im Staate zu erfüllen. Erst wenn wir diese Pflicht bis zum letzten erfüllt haben, erst dann haben wir das Recht, zu verlangen, daß uns der Lebensraum gegeben wird. Wir haben nichts mit irgendwelchen Leuten zu tun, die nicht auf dem Boden des Staates stehen. . . . Wir wollen einzig und allein unser Volkstum in diesem Staate erhalten. Alles andere ist Sache der großen Staatsmänner.“

## Die Deutschen in Großlitauen

Das Memelland ist nicht die einzige volkspolitische Frage, berentwegen zwischen Deutschland und Litauen Spannungen und Schwierigkeiten bestehen. Denn auch an dem Schicksal der Deutschen, die jenseits der alten deutsch-russischen Grenze, in Großlitauen, leben, kann Deutschland nicht achlos vorübergehen. Man hat von den dortigen Deutschen, obwohl sie in der Hauptlage dicht an der ostpreussischen Grenze sitzen, bis zum Kriege so gut wie gar nichts gewußt. Auch ist ihre Geschichte — verglichen mit derjenigen anderer deutscher Volksgruppen im Ausland — noch verhältnismäßig wenig erforscht.

Man weiß, daß es dem Deutschen Ritterorden nicht gelungen ist, das schamaitische Gebiet seiner Herrschaft zu unterwerfen. Man denkt nur immer an die Kriege, die damals zwischen dem Orden und den Litauern geführt worden sind. Aber man überliebt dabei in der Regel, daß auch dort schon seit Jahrhunderten Deutsche ansässig sind, und daß es sehr wohl eine Geschichte des Deutschstums in Litauen gibt, die von der hanse- und Ordenszeit bis in die Gegenwart reicht. Freilich ist der Einfluß der Deutschen dort niemals so stark und bestimmend gewesen, wie es in den benachbarten polnischen und baltischen Ländern der Fall war. Aber immerhin hat es von 1445 bis 1541 auch in der heutigen Hauptstadt Litauens, in Kaun, ein Kontor der Hanse gegeben. Immerhin ist Georgenburg an der Memel eine Gründung des Ordens, der dort inmitten der „Wildnis“ einen vorgeschobenen Posten gegen die heidnischen Litauer schuf. Immerhin haben deutsche Kaufleute und Handwerker vom Anfang des 15. bis ins 19. Jahrhundert hinein eine nicht unbedeutende Rolle in der Entwicklung Kauens gespielt, und immerhin haben sich schon vor den Teilungen Polens, mit dem Litauen damals verbunden war, unter dem Schutze der Radziwills, der Sapiehas und anderer Adelsgeschlechter deutsche Handwerker in Keidany, Birken und Schaulen, in Preng, Janow und Zwornen, ebenso wie in Tauraggen und Serrey, die von 1681 bzw. 1687 bis 1795 den Brandenburgern gehörten, niedergelassen.

Am wesentlichsten aber ist das Deutschtum Litauens vor allem dessen bäuerlicher Teil, doch jüngerer Ursprungs. Als das Gebiet von Suwalki, dessen nördlicher Teil heute zu Litauen gehört, nach der dritten Teilung Polens unter dem Namen Neuostrpreußen für kurze Zeit (von 1795 bis 1807) an Preußen kam und dann bis zum Jahre 1813 dem von Napoleon ins Leben gerufenen Großerzogtum Warschau zugeteilt wurde, kamen neue Gruppen von Handwerkern und bäuerlichen Siedlern aus den benachbarten deutschen Gebieten ins Land. Doch hielt sich die Zuwanderung auch damals noch in bescheidenen Grenzen. Der Hauptstrom der deutschen Kolonisten kam erst in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus Ostpreußen, später auch aus dem sübwesentlichen Deutschland in die damals russischen Gouvernements Suwalki und Romno. Um 1860 herum hörte die bäuerliche Zuwanderung

dann vollkommen auf, und seit 1890 fehlte in den litauischen Gebieten eine Zuwanderung nach Uebersee ein, die sich in beträchtlichem Maße auch auf die deutschen Kolonisten ausdehnte. Nur die Zuwanderung gelernter deutscher Qualitätsarbeiter hielt auch in den letzten Vorkriegsjahren in geringem Umfange an. Die verhältnismäßig schwach entwickelte Industrie des Landes wurde im wesentlichen von Deutschen geschaffen, und die qualifizierten Arbeitskräfte in den Montanischen Fabriken in Poniewiel, in den Tilmannischen und Schmidtschen Fabriken in Kaun, in der Mantelschen Eisengießerei in Wilkowitzki und in der Frenetelschen Lederfabrik in Schaulen waren fast ausschließlich Deutsche.

Die Frage, wieviel Deutsche es heute in Litauen (ohne das Memelgebiet) gibt, ist nicht leicht zu beantworten. Die litauische Volkszählung vom 17. September 1923 zählt 29 231 Deutsche. Diese Zahl ist zweifellos nicht richtig. Auch von litauischer Seite wird die Unzuverlässigkeit der Volkszählung nicht geleugnet. Bei der Zählung selber waren ursprünglich sogar nur etwa 24 000 Deutsche festgestellt worden. Die litauische Regierung, die sich der berechtigten Kritik an der Zählung nicht entziehen konnte, sah sich veranlaßt, die Ergebnisse zu fälschieren. Sie tat das aber nicht etwa durch eine neue, mit größerer Sorgfalt durchgeführte Zählung, sondern indem sie die ursprünglich festgestellten Zahlen auf Grund recht anscheinbarer „Schätzungen“ durch neue ersetzte. Auch die Richtigkeit der neuen Ergebnisse wird von den Volksgruppen (Deutschen, Polen, Juden, Letten, Russen, Weißrussen) bestritten. Rudolf Heberle, der in seinem Buche „Die Deutschen in Litauen“ alle vorhandenen statistischen Unterlagen unterfucht hat, nimmt 40 000 bis 50 000 Deutsche in Litauen an.

Die Haupt siedlungsgebiete des Deutschstums sind die an Ostpreußen und an das Memelgebiet angrenzenden großlitauischen Kreise, und zwar südlich der Memel die Kreise Mariampol, Wilkowitzki und Schaten, nördlich der Memel Tauraggen und Kasinen. Den stärksten Bevölkerungsanteil bilden die Deutschen im Kreise Wilkowitzki, wo nach der litauischen Zählung von 1923 über 10 000 (= 12,5 v. H.) Deutsche sitzen. Fast nirgends sind geschlossene, rein deutsche Siedlungen zu finden. Ueberall wohnen in den Dörfern und natürlich erst recht in den Marktflecken und Städten die deutschen Bauern, Handwerker und Arbeiter mit Angehörigen fremden Volkstums vermischt, im wesentlichen Landesteil mit Juden und Litauern, im südlichen auch mit Polen und im östlichen auch mit Letten. Je weiter von der deutschen bzw. memelländischen Grenze entfernt, um so geringer wird der deutsche Bevölkerungsanteil. Außer in den erwähnten Grenzstreifen gibt es eine beträchtlichere deutsche Gruppe nur noch in der Landeshauptstadt Kaun (nach der litauischen Zählung von 1923 über 3200 = 3,54 v. H.). Krottingen

hatte früher einmal eine starke deutsche Bevölkerungsschicht; durch die dort bereits um die Jahrhundertwende einsetzende Abwanderung hat es keine Deutschen heute bis auf einige hundert Seelen verloren.

Mehr als die Hälfte des litauischen Deutschtums lebt auf dem flachen Lande; nach der Volkszählung von 1923 sind es 58,1 v. H. In den Wärdkirkedien 7,2 v. H. und in den Städten (d. h. in den Orten mit über 2000 Einwohnern) 34,7 v. H. Trotzdem nun die Wärdkirkedien durchaus ländlichen Charakters sind und auch die Städte z. T. einen starken bäuerlichen Einschlag aufweisen, sind die Angehörigen nicht landwirtschaftlicher Berufe unter dem Deutschtum Litauens verhältnismäßig stark vertreten. In der Landwirtschaft sind nach der — freilich auch in der Berufstätigkeit ziemlich unklaren und ungenauen — litauischen Zählung 58,7 v. H. der Deutschen beschäftigt. Neben den Juden sind die Deutschen das verhältnismäßig am stärksten in Industrie, Handel, Verkehr usw. beschäftigte Bevölkerungselement. In den Städten und Städtchen des Landes spielten die Deutschen noch während des ganzen 19. Jahrhunderts eine maßgebende Rolle in einer ganzen Reihe handwerklicher Berufe. Ihre Bedeutung ist während der letzten Jahrzehnte jedoch beträchtlich gesunken, einmal weil bei den Vorbringen billiger Fabrikwaren die Bedeutung des Handwerks an sich zurückging, und dann auch, weil die Juden und Litauer sich mehr und mehr auch in diesen Berufen auszubilden begannen. Doch findet man auch jetzt noch altenhaften deutsche Müller, Tischler, Schmiede, Stellmacher, Schneider, Sattler, Drechsler, Schuhmacher, Gerber, Fleischer usw.

Vor dem Kriege, in russischer Zeit, ging es den Deutschen wirtschaftlich im allgemeinen recht gut. Die deutschen Bauern hoben sich als fleißigere, arbeitstüchtigere und zugleich anspruchsvollere Wirte über den Durchschnitt ihrer fremdnationalen Umgebung heraus. Die deutschen Handwerker hatten ihr Auskommen. Die teils reichsdeutschen, teils baltischen Gutsbesitzer, die über das ganze Land verstreut lagen, waren in ihrer Wirtschaftsführung den polnischen und russischen Großgrundbesitzern überlegen. Das deutsche Bürgertum in Kaun spielte eine gewisse Rolle. Und von den gelerntesten deutschen Arbeitern hatte es mancher zu einem eigenen Häuschen „auf der Schanze“ dem deutschen Stadteil Kauns, gebracht. Heute haben die deutschen Bauern nicht nur unter der landwirtschaftlichen Krise, sondern auch unter der nationalen Feindschaft der neuen Nachbarn zu leiden. Die Handwerker führen ein ärmliches Dasein. Die Gutsbesitzer sind der Agrarreform zum Opfer gefallen. Das Bürgertum hat seine wirtschaftliche Bedeutung und mit ihm auch der Arbeiter zum größeren Teil seine Arbeitsstelle verloren.

Schlimm ist es in kultureller Hinsicht mit dem Deutschtum in Litauen bestellt. Zwar waren schon im vergangenen Jahrhundert deutsche Kirchenschulen vorhanden, die von den Geistlichen verwaltem wurden. Aber ihre Zahl war verhältnismäßig gering und ihre Leistung bescheiden. Bei der Ankunft in ihrer neuen Heimat waren die Deutschen ihrer Umgebung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Hinsicht zweifellos ein ganzes Stück voraus. Aber das gänzliche Fehlen belebender und den Fortschritt fördernder Verbindungen zum nahen Deutschtum im Reich bewirkte, daß das deutsche Kolonienstum auf dem Niveau der Einwanderungszeit stagnierte. Es besaß keine geistig führende Schicht. Und wo sich einzelne durch persönliche Tüchtigkeit über das bescheidene Niveau ihrer Umgebung erhoben, sorgte die russische Verwaltung dafür, daß sie aus den deutschen Gemeinden des Grenzgebietes ins Innere des weiten Reiches abgelaugt wurden.

So war das Deutschtum, als der litauische Staat entstand, auf den bald einsetzenden Volkstumskampfnur wenig vorbereitet. In der litauischen Bevölkerung und im Widerheitsanspruchvertrag wurden zwar bestimmte Rechte erwähnt, die den nichtlitauischen Volksgruppen des Staates eingeräumt werden sollten. Aber es fehlte von Anfang an nicht nur den Litauern die Lust, sich an diese Bestimmungen zu halten, sondern den Deutschen mangelte auch noch die Fähigkeit, in wirtschaftlichen und kulturellen Selbsthilfeorganisationen um die versprochenen Rechte zu kämpfen. Auf den Grundlagen, die von der Verwaltung des Obergbietes Ost gelegt worden

waren, verlor sich das Deutschtum, zum Teil mit baltischer Hilfe, sich organisatorisch zu festigen. 1920 rief es mit der „Partei der Deutschen in Litauen“ seine politische Vertretung ins Leben. 1923 wurde eine deutsche Genossenschaftsbank in Kaun gegründet, der dann bald eine Reihe weiterer kleiner Banken in verschiedenen Landstädten folgten. Deutsche Konsumvereine entstanden an mehreren Orten. Auch das Schulwesen begann sich zu entwickeln. Der „Deutsche Kulturbund“ bemühte sich, das kulturelle Leben zu fördern, Schulen, Büchereien und Kindergärten zu gründen und das geistige Leben auszugestalten. Die ersten Anfänge eines deutschen Pressewesens wurden gemacht.

Auf all diesen Gebieten wurden nicht unbedeutliche Fortschritte erzielt. Aber ehe sich das Leben der deutschen Volksgruppe voll zu entwickeln vermochte, setzte schon der litauische Vernichtungstemp ein. Die deutsche Partei, die bei den Wahlen zum litauischen Sejm 1920 einen, 1923 zwei und 1926 wieder einen Abgeordneten durchgebracht hatte, ist heute ohne Bedeutung. Das deutsche Genossenschaftswesen, das sich trotz der Organisationsgewohnheit der Deutschen Litauens gut entwickelte, ist zusammengebrochen. Die erste deutsche Zeitung, die herausgegeben wurde, die „Litauische Rundschau“, hat im Juni 1929 ihr Ergehen einstellen müssen; an ihre Stelle sind später die einmal wöchentlich erscheinenden „Deutschen Nachrichten“ in Kaun getreten, die trotz bescheidener Aufmerksamkeit — in einer Auflage von etwa 3500 Stück — eine gewisse Bedeutung auch in nichtdeutschen Kreisen besitzen. Der „Deutsche Kulturbund“ wird seit Bestehen von den Litauern in seiner Entwicklung systematisch gehemmt, vielen seiner Ortsgruppen wird überhaupt jede Tätigkeit unterlagt. Vor einigen Monaten wurden seine Leiter wegen angeblichen staatsfeindlichen Verhaltens verhaftet. Die Tätigkeit der deutschen Korporation „Arminia“ an der Kauner Universität wurde verboten.

Die wichtigsten nationalkulturellen Einrichtungen der deutschen Volksgruppe in Litauen sind Kirche und Schule. Hier sieht es besonders traurig aus. Die Deutschen des Landes sind fast ausschließlich evangelisch-lutherisch. Sie haben früher (im ehemaligen Gouvernement Sumalst) dem Wärdkirkedien und (im ehemaligen Gouvernement Kowno) dem Kurländischen Konfessionsrat unterstanden. Damals war die evangelische Kirche in den Gebieten rechts der Memel eine weltliche Stütze des Deutschtums, in den Gebieten links der Memel oder verlor sie unter der Leitung des Wärdkirkedien Superintendenten Burche polonisierende Tendenzen. Im Jahre 1921 erhielt die evangelisch-lutherische Kirche in Litauen, die sich aus etwa 48 000 Deutschen, 12 000 Letten und 27 000 Litauern zusammensetzt, eine neue Verfassung, die vor allem in der Frage der Disziplinargewalt bald scharfe Spannungen heraufzusen sollte. Ein heftiger Kampf zwischen den Geistlichen und dem Konfessionsrat stammte Barrer und ehemalige preußische Landtagsabgeordneter Dr. Gagalat gegen den Willen der Geistlichkeit auf Grund einer Verfügnng des Staatspräsidenten die Leitung der Kirche übernahm. Die Pastoren nichtlitauischer Staatsangehörigkeit wurden ausgewiesen; eine große Zahl von Gemeinden verwaiste. Die etwa 50 Gemeinden und Filialgemeinden mußten damals von nur 16 Geistlichen verwaltet werden. Darauf wurde die Frage des geistlichen Nachwuchses in einem minderheitenfeindlichen Sinne geregelt. An der Unioersität Kaun wurde unter der Leitung Gagalats eine evangelisch-theologische Fakultät ins Leben gerufen, die von allen Geistlichen, die in Litauen angeestellt werden wollen, abfolviert werden muß. Die Ablicht ist ganz offensichtlich die Litauisierung der protestantischen Kirche; denn an sich ist es ein Unfsinn, für 70 000 Protestanten eine eigene Fakultät zu unterhalten, während voll ausgebildete Geistliche aus Deutschland und Lettland jederzeit zur Verfügung stehen.

Zu diesen nationalpolitischen Schwierigkeiten, die durch künstlich hereingetragene Streitigkeiten innerhalb des Gemeindefeindlichen Sinnes hervorgerufen wurden, kommen weitere, das Deutschtum hemmende Momente hinzu. Die deutschen protestantischen Gemeinden sind weit über das Land zerstreut. Die wenigen Geistlichen, die vorhanden sind, sind zumelst nicht in der Lage, ihre Gemeinden ordnungsmäßig zu verwalten. Sie kommen vielfach nur einige Male im Jahre mit ihren Gemeindefeindlichen in Verührung. Das und die nationale

Indifferenz mancher Pastoren hat die Entwicklung des Sektenwesens unter den deutschen Kolonisten (aber auch unter den litauischen Protestanten) begünstigt. Methodisten, Baptisten und andere Sekten sind in den Gemeinden weit verbreitet und vielfach nicht eben geeignet, den nationalen Zusammenhang unter den Deutschen zu fördern.

Nach dem Kriege schien es zunächst so, als wollte sich ein brauchbares Schulwesen in den deutschen Siedlungen entwickeln. Erfolgreiche Anfänge waren allenfalls zu verzeichnen. Im Jahre 1924 gab es in Litauen (ohne das Memelgebiet) 24 deutsche Schulen, eine deutsche Oberrealschule in Kaunen und eine Mittelschule in Schaulen. Mit den beiden letzteren war der kleine, aber guten Volksschule in Schoden waren Internate verbunden. Daneben waren mehrere deutsche Kindergärten entstanden. Der Plan, ein deutsches Lehrerseminar zu gründen, da Lehrer aus dem Ausland nicht herangeholt werden dürfen, wurde von der litauischen Regierung vereitelt. Die mannigfachen Schwierigkeiten, die auf geistlichem oder ungeistlichem Wege dem deutschen Schulwesen gemacht wurden, brachten es jedoch bald wieder zum Erliegen. Deutschen Lehrern wurde, weil sie die litauische Sprache wirklich oder angeblich nicht genügend beherrschten, die Lehrerlaubnis entzogen; katholische litauische Lehrkräfte traten an ihre Stelle; christliche wurde litauisch als Unterrichtssprache in den deutschen Schulen eingeführt, einige Schulen wurden schließlich auch mit Gewalt zum Erliegen gebracht. So gab es schon im Jahre 1926 in ganz Litauen nur noch 12 Schulen, in denen ganz oder überwiegend in deutscher Sprache von deutschen Lehrern unterrichtet wurde. An staatlichen

deutschen Volksschulen gab es im Jahre 1930 noch 7, 1931 noch 5, 1932 noch 4, 1933 noch 2. Zur gleichen Zeit waren noch sieben deutsche Privatschulen des Kulturbundes vorhanden. Gegenwärtig gibt es im ganzen nur noch acht Volksschulen für deutsche Kinder; von diesen haben aber nur noch zwei Schulen die deutsche Unterrichtssprache. Da die Zahl der deutschen Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren in Litauen mit etwa 5000 anzusehen ist, bedeutet das, daß nur ein ganz verschwindend geringer Bruchteil dieser Kinder die Möglichkeit hat, eine deutsche Schule zu besuchen. Alle übrigen Kinder sind entweder gezwungen, in litauische Schulen zu gehen, oder sie wachsen, was häufig der Fall ist, ohne jeden Schulunterricht auf. Der an sich schon nicht bedeutende Bildungsgrad der Deutschen in Litauen wird durch die systematische Zerstörung und Behinderung der kulturellen Selbsthilfe der deutschen Gemeinden noch weiter herabgedrückt.

Derselbe Vernichtungstrieb, der die Memelpolitik Litauens bestimmt, ist auch gegenüber den Deutschen in Großlitauen am Werke. Dieselbe Angst und Haß gemischt mit Feindschaft, die zum Memelprozeß geführt hat, richtet sich auch jenseits der alten Weidengrenze gegen die Deutschen. Man hat ihnen alle Rechte genommen, man hat in den herrschenden Kreisen Kaunens ihre Vernichtung beschlossen. Die Deutschen gingen zwar unvorbereitet in den Kampf, den man ihnen angelegt hat. Aber sie haben in diesem Kampfe doch schon manches gelernt. Sie haben gelernt, sich zu wehren und zusammenzustehen. Und das gibt die Hoffnung, daß es ihnen auch gelingen wird, die Zeit der Unterdrückung, in der sie jetzt leben, als Deutsche zu überdauern. Dr. K.

## Um das Recht im Memelgebiet

Die Leute in Kaunen scheinen die Widerstandskraft der deutschen Memelländer doch erheblich unterschätzt zu haben. Sie haben sich ansehend eingebildet, den wünschenden Behauptungswillen des Memellandes durch ihren maßlosen Terror brechen und durch die Blutrurteile von Kaunen von einer weiteren Betätigung zurückhalten zu können. Sie haben sich ganz erheblich getäuscht. Der Druck, unter den sie die Memelländer gelegt haben, hat diese nur um so härter und entschlossener gemacht. Die Willkür, der sie das Land unterworfen haben, hat zur Folge gehabt, daß keine Bewohner sich der tiefen Kluft, die zwischen ihnen und den Schmachern besteht, nur um so mehr bewußt wurden. Die Litauer haben die Memelländer in eine harte und opfervolle Schule geführt, und die Memelländer haben in ihr gelernt, sich zur Wehr zu setzen. Bestand früher vielleicht einmal in manchen memelländischen Kreisen die Ueberzeugung, daß es möglich ist, mit den Litauern friedlich zusammenzuarbeiten, so ist dieser Optimismus von den Litauern selbst inzwischen gründlich ausgerottet worden. Ein System, das alle völbürglichen Rechte mit Füßen tritt, das ein ganzes Land zum Tummesplatz beutigerer Abenteuer macht, das unglückliche Menschen zum Tode und zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt, kann nicht erwarten, daß man noch einer seiner Verprechungen glaubt. Ganz abgesehen davon, daß sich die Memelländer wohl hüten werden, sich auf irgendwelche Kompromisse, mit denen sie doch nur in eine Falle gelockt werden sollen, einzulassen, haben sie gerade jetzt keinen Grund, den Forderungen, die etwa noch von litauischer Seite kommen, Gehör zu schenken. Die Memelländer wissen, daß ihrer Lage keine Angelegenheit ist, die von Litauern auf die Dauer allein geregelt werden wird; sie wissen, daß sich mit ihrer Lage die Regierungen ganz Europas befassen; sie wissen, daß das, was jetzt von litauischer Seite an „Annäherungsversuchen“ unternommen wird, der Angst entspringt, vor einer internationalen Instanz zur Verantwortung gezogen zu werden; sie wissen, daß schließlich doch einmal der Tag kommen wird, da all die unfaubaren Elemente, die heute in diesem Lande ihr Unwesen treiben, über jene Grenze abziehen werden, die feinerzeit von der Sonderkommission des Völkervertrages als eine wahre Scheidewand zwischen zwei Kulturen bezeichnet wurde.

In Kaunen scheint man diese Situation allerdings noch immer nicht ganz begriffen zu haben. Am 2. Mai überreichte der litauische Außenminister den Vertretern der Signatarmächte die Antwort auf die von diesen am 19. April über-

reichte Note. Der Wortlaut der litauischen Antwort wurde nicht bekanntgegeben. In der englischen Presse wurde sie jedoch — offenbar in Uebereinstimmung mit der offiziellen Londoner Auffassung — als unbesriedigend bezeichnet. Mit so allgemeinen Redensarten wie denen, daß die litauische Regierung „alles mögliche tun werde“, um wieder normale Verhältnisse im Memelgebiet herzustellen, können und werden sich die Signatarmächte nicht mehr zufriedengeben; insbesondere wird sich England mit solchen niemals ehrlich gemeinten „Zulagen“ nicht mehr abweisen lassen. Wenn es die litauische Regierung jetzt wagen konnte, die Einwendungen der Signatarmächte als „unbegründet“ zurückzuweisen, so sind diese Mächte schließlich selbst daran schuld, daß ihnen diese Bismage nicht erspart geblieben ist; denn sie selber haben durch ihr jahrelanges wüßiges Verhalten in der Memelfrage die Großmannswahn der litauischen Gewalthaber gezeitigt, sie selber haben es dadurch, daß sie die Memelangelegenheit stets als ein politisches Schachobjekt behandelt haben, verläumt, den Leuten in Kaunen eine angemessene Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit anzuerkennen.

Der Präsident des illegalen Memeldirektoriums, Brucelaitis, hat am 30. April an den Vizepräsidenten des Memellandes, Silver, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich in feierlicher Weise bereit erklärte, sein Direktoratium so zu organisieren, daß von fünf Direktoriumsmitgliedern drei den memelländischen Mehrheitsparteien angehören. Brucelaitis hätte sich gern durch eine plumpe Scheibung die Legitimation erschwindeln wollen. Der Brief, den er an Hilpert schrieb, war ein Rufterbeispiel litauischer Verlogenheit. Zunächst stellte Brucelaitis die Behauptung auf, daß er stets bemüht gewesen sei, mit der Mehrheit des Landtages eine Zusammenarbeit zu erzielen. (!) Weiter behauptete er, daß die Memelländische Landwirtschaftspartei sich für eine Beteiligung an seinem Direktoratium ausgesprochen und zwei ihrer Mitglieder, Buttgerit und Origal, in sein Direktoratium entsandt habe. Das ist alles frei erfunden. Von den beiden erwähnten Männern gehört Origal der Landwirtschaftspartei überhaupt nicht an, und auf welche Weise es in den litauischen Terrorkreisen gelungen ist, den in arger wirtschaftlicher Bedrängnis befindlichen Buttgerit ihren Wachsenjungen gefügig zu machen, ist zur Genüge bekannt. Brucelaitis scheint ganz vergessen zu haben, daß die (formell allerdings nicht beschlußfähige) Landtagmehrheit, auf die er sich hier beruft, ihm dreimal, nämlich am 13. Dezember, am 4. Januar und am 16. April, das Mittrauen

ausgesprochen hat und daß sich beim letzten Zusammentritt des Landtages sogar Bitterkeit an der Abgabe des Mißtrauensvotums beteiligte hat. Es gehört unter solchen Umständen schon die Gewinnung eines moralischen Luftkuglers dazu, von dem „leiten Bemühen um eine Zusammenarbeit mit der Landtagsmehrheit“ zu sprechen. Hilpert ist die Antwort nicht schuldig geblieben. Er hat den litauischen Taufungserwerb in bestimmter Form zurückgewiesen. Das „Memeler Dampfboot“ wurde wegen Verächtlichmachung des Hilpertischen Antwortschreibens beschlagnahmt.

Am 4. Mal ist in der Remelstatz insofern eine neue Situation eingetreten, als an diesem Tage die dreijährige Legislaturperiode des 4. Memelländischen Landtages abgelaufen ist. Die litauische Regierung versucht diese Tatsache dazu zu benutzen, um die Bereinigung der Verhältnisse im Memelland nach Möglichkeit noch weiter zu verschleppen. Um Memelstatz ist wohl davon die Rede, daß der Landtag, wenn er auflöst wird, in spätestens sechs Wochen neu gewählt werden muß; es ist dort aber nicht ausdrücklich gesagt, wann die Neuwahlen stattfinden müssen, wenn der Landtag nicht wegen vorzeitiger Auflösung, sondern durch Beendigung der Legislaturperiode, auflöst zu bestehen. Die litauische Regierung versucht nun durch diese Lücke des Statutes zu täuschen. Es ist aber selbstverständlich, daß die für den Fall der Auflösung vorgehene Frist für die Neuwahlen auch auf den jetzt zum erstenmal seit dem Bestehen des Memelgebietes eingetretenen Fall der Beendigung der Legislaturperiode anzuwenden ist, und das um so mehr, als gerade das Nichtbestehen eines arbeitsfähigen Landtages der eigentliche Grund der schweren Beunruhigung ist, die für ganz Europa von der Memellage ausgeht. Der Gouverneur ist natürlich anderer Ansicht. Er tut so, als ob es eine besondere Gnade der litauischen Regierung sei, wenn sie überhaupt noch einmal Landtagswahlen stattfinden lasse. Die Neuwahlen sind durch einen Akt des Gouverneurs vom 9. Mai auf den 29. September d. V. festgesetzt worden. Es ist die Pflicht der Signatarmacht, für die sofortige Bildung eines neuen Memellandtages zu sorgen. Die Absicht, möglichst viel Zeit zu gewinnen, ist zu offensichtlich, als daß die Begründung, daß der Wahltermin „mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung“ gewählt worden sei, anders denn als gatter hoch aufgesetzt werden könnte. Die bis zur Wahl bleibenden Monate werden die Litauer nach Kräften zur Erfüllung der kommenden Wahlen in auszunutzen trachten. Sie werden, was Brunselaitis ja schon vorbereitet hat, Tausenden von zugewanderten Großlitauern das memelländische Bürgerrecht und damit das Recht zur Teilnahme an den Landtagswahlen geben. Und weiter nehmen sie an eine grundlegende Veränderung des Wahlgesetzes zu denken. Gedacht wird anscheinend an ein Korporationswahlgesetz, d. h. an ein Gesetz, nach dem das Wahlrecht unter Ausschaltung der einzelnen Bürger nur den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern usw., gewährt wird. Es soll, wie es heißt, in diesem

Gesetz außerdem noch bestimmt werden, daß nur solche Personen gewählt werden dürfen, die die litauische Sprache beherrschen und sich als „lojale litauische Staatsbürger“ erweisen haben. Das würde aber bedeuten, daß ein bewußter Deutscher überhaupt keine Aussicht mehr haben würde, in den Landtag gewählt zu werden, da ja nach dem Zuchthausgesetz jedes Eintreten für die deutschen Volkstumsinteressen als „staatsgefährdendes Verbrechen“ gilt. Es braucht nicht erst festgestellt zu werden, daß ein solches Wahlgesetz den Grundforderungen des Memelstatutes widersprechen würde.

Der Rektor der Universität Kauen, Prof. Römeris, ermunterte vor einiger Zeit die Vertreter der Studenten, die ihn in politischen Dingen um Rat fragten, durch folgenden Vergleich zu deutschfeindlichen Demonstrationen: „Die Grenzen Litauens sind vergleichbar einer Flasche, deren Inhalt wir, das Volk, sind. Wenn wir nun nicht jeweils im richtigen Augenblick die den Juden erwünschte Maßregel ergreifen, dann kochen sie die Flasche zu, so daß wir an Luftmangel erstickt.“ Dieser Vergleich kennzeichnet die Situation, in der die Litauen befinden, ganz richtig. Dieser Staat befindet sich in den Händen der Juden oder, was dasselbe ist, in Abhängigkeit von der Sometunion. Man könnte diese Situation als tragisch bezeichnen, wenn die derzeit die höchsten Stellen im Staate einnehmenden Leute dieses verächtliche Abhängigkeitsverhältnis nicht selber verkündet und herbeigeführt hätten. Der jüdische Einfluß in Litauen und Litauens Feindschaft gegen Deutschland stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang miteinander. Der anormale Appetit der regierenden Leute auf das deutsche Memelgebiet und die krankhafte Großmannschaft einiger Mitglieder der litauischen Halbtelligenz, die den Staat in einen gefährlichen Gegensatz zu Deutschland gebracht und damit in die Zwangslage verwickelt, sich nach einem geeigneten Bundesgenossen umzusehen. Als solcher Bundesgenosse hat sich das „Judentum“ (d. h. die Sometunion) zur Verfügung gestellt. Von der Bundesgenossenschaft mit der litauischen Regierung bis zur Herrschaft über Litauen ist es bei dem Mißverhältnis der Kräfte dann nur noch ein Schritt gewesen. Es läßt sich sehr deutlich verfolgen, wie das jüdische Element, dessen Hilfe die litauische Regierung in ihrem Kampf um das Memelgebiet hoffte bedienen zu können, sehr bald die eigentlich treibende Kraft dieses gegen Deutschland gerichteten Kampfes geworden ist. Es ist dies eine Erkenntnis, die man ja auch in vielen anderen Ländern beobachten kann; sie hat sich aber selten so deutlich wie bei Litauen zu erkennen gegeben. Prof. Römeris hat mit seinem Vergleich mit dem Kork für die Flasche wohl recht. Er hat aber eines hinzu zufügen vergessen, nämlich, daß es, um im Vergleich zu bleiben, ja auch möglich ist, den Kork mit Hilfe eines Korkenziehers zu entfernen, d. h. einen Ausgleich mit Deutschland zu suchen. Freilich hätte Deutschland für diesen Fall seine Bedingungen zu stellen. Und zu diesen gehört, daß ein für alle Mal Leute von der politischen Führung dieses Landes entfernt werden, die sich der Auslieferung des litauischen Volkes und Staates als das Judentum mißglücklich gemacht haben.

## Ein polnischer Minister über Deutschland

Vor einiger Zeit unternahm auf Einladung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn eine Kommission von Funktionären des polnischen Verkehrsministeriums unter Führung des Verkehrsministers Bobkowiak eine achtstägige Reise durch Deutschland, die dem Studium des deutschen Verkehrswezens galt. Bobkowiak hat in dem maßgebenden polnischen Wirtschaftsorgan, der „Gazeta Handlowa“, einen aufschlußreichen Bericht über diese Studienfahrt veröffentlicht, in dem er mit großer Offenheit die Leistungen des Dritten Reiches auf dem Gebiete des Verkehrswezens beschreibt und mit Stolz und Anerkennung von der Arbeitskraft des deutschen Volkes und seinem Vertrauen zum Führer erzählt. Bobkowiak schreibt u. a.:

... Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgt aus eigener Kraft ohne ausländische Anleihe. Die zum Straßenbau benötigten Mittel beschafft sich Deutschland aus dem allgemeinen Staatshaushalt, aus mittelbaren und unmittelbaren Einnahmen, aus dem Autoverkehr, den Summen, die

zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bestimmt sind, sowie aus Geldmitteln, die im Wege interner Kreditoperationen beschafft werden. Der Schwung, den die Reichsregierung beim Straßenbau entwickelt, ist ungeheuer. Im Jahre 1933/34 wurden für diese Zwecke 750 Millionen *RM* verausgabt. Das Bauprogramm der etwa 7000 km Autostraßen sieht die Ausführung innerhalb von 7 Jahren mit einem Kostenaufwand von 3,5 Milliarden Reichsmark vor. Die deutsche Industrie mußte für die beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter allein eine halbe Million Schaufeln usw. liefern. Intensive Arbeit der Industrie ist notwendig, um die vielseitigen Bedürfnisse des Straßenbaus zu decken. Minister Bobkowiak geht weiter auf den Ausbau der Produktion der verschiedenen Industriezweige ein und fährt dann fort: „Diese Arbeiten haben ein solches Tempo angenommen, daß sie vielfach in drei Schichten das ganze Jahr ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Besondere Beachtung verdient das Experiment des Holztransportbaues.

Die Holzimprägnierung sichert eine Dauerhaftigkeit von 20 Jahren. Die Fahrbahn der neu erbauten, prächtigen Autolstraßen ist vorwiegend betoniert; viel Beachtung wird dem Aussehen, der ästhetischen Verbundenheit mit dem Landschaftsbild und der Architektur der Brückenbauten geschenkt.

Weiter spricht Bobkowski über den Ausbau des deutschen Eisenbahnwesens, die heilige Steigerung der Verkehrsgewindigkeit, die Elektrifizierung des süddeutschen Bahnnetzes, die Mechanisierung des Kundendienstes, der Gepäckabfertigung, des Fahrkartenerkaufs u. s. f. „Seinen ungewöhnlichen Erfolg“, heißt es dann weiter, „verdankt der Führer und Kanzler in hohem Maße dem Rundfunk, dessen er sich häufig bei Ansprachen bedient, und durch den er sich eine unmittelbare, unmittelbarer Frühlingsnahe mit dem Volke verschafft.“ Verkehr und Rundfunkverbindungen schaffen die Bedingungen für eine allgemeine Annäherung, und die Massenverfammlungen sind die Ausgangspunkte für die Verpfanzung der Ideen des Führers ins Volk. . . Im ganzen deutschen Volk scheint sich der Enthusiasmus zum Erschaffen großer Dinge und, wie ich das bei Unterhaltungen mit einer Reihe von Würdenträgern des Reiches feststellen konnte, die Ueberzeugung durchzuwachen, daß die Arbeit Deutschlands der Wohlfahrt der Völker und dem allgemeinen Frieden diene. . . Zu diesem Arbeitsenthusiasmus, wie er sich im deutschen Volke offenbart, trägt in beträchtlichem Maße die Ideologie Hitlers bei, der in seiner Hand die ganze Regierungsgewalt zentralisiert.“

„Das zweite Mittel im Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit ist die Motorisierung, die der Kanzler unverzüglich nach der Machtübernahme als eine der grundlegenden Forderungen seines Wirtschaftsprogramms zugelegt hat. Das nationalsozialistische Deutschland hat den ganzen Wert der Motorisierung für die Belebung des Wirtschaftslebens erkannt. Heute besitzt es einen Kraftwagen auf 75 Einwohner und ist bemüht, einen Stand zu erreichen, wie wir ihn in Frankreich und England sehen, wo auf 25 Einwohner ein Auto entfällt. Die Ausnutzung der großen Aufnahmefähigkeit des Innenmarktes kann die Bedürfnisse einer Reihe von Industrien befriedigen.“ Bobkowski geht anschließend auf den Wunsch des Führers ein, einen billigen Volkswagen zu schaffen. Die deutschen Ingenieure seien diesem Ideale schon sehr nahe. In der Verbreitung dieses Volkswagens sehe der Führer die Möglichkeit der Dertung der Straßenbaukosten. In Verbindung damit habe man sich der Brennstofffrage zugewandt und propagiere die Verwendung verschiedener Gase aus der Holz- und Kohledestillation usw. Die vernünftige Steuerpolitik tue ein übriges, um den Kraftwagen volkstümlich zu machen.

Dann heißt es weiter: „Das Programm der Reichsregierung zeigt deutlich, daß Eisenbahnen, Autobusse und Kleinbahnen als vollwertige Faktoren im ganzen Verkehrs-

system Deutschlands zusammenarbeiten. Dort schützt sich die Eisenbahn nicht durch Geleise, sondern schafft einen ausgezeichneten Verkehrsapparat, der im ganzen Linsange den Auto-Transport ausnußt, der ein Frachtdienstverhältnis darstellt, das in jede Siedlung, häufig sogar bis zum Hause oder Lagerraum des Empfängers reicht. Zur Hebung des Ausflüßigerverkehrs baut man Vorortbahnen, die die Industrie- und Handelszentren mit Drien der Erholung verbinden. Die Ausflugsorte wiederum sind mit neuesten Drahtseilbahnen ausgestattet, die Attraktionen des Fremdenverkehrs darstellen und zur Hebung des Wirtschaftslebens beitragen.“

Nachdem Bobkowski nun verschiedene Einzelfragen berührt hat, schließt er mit folgenden Worten: „Die polnische Studienkommission hatte die Möglichkeit, nicht nur die Bemerkungen des sozialistischen Fortschrittes in Deutschland zu beobachten, sondern auch die deutsche Kultur unmittelbar kennenzulernen, wo wir wahrlich mit Würdung sehen konnten, mit welcher Pietät das Andenken an die großen Männer des deutschen Geistes gepflegt wird. An dem deutschen Beispiel sahen wir, wie gleichmäßig mit der Modernisierung der Einrichtungen und der technischen Vervollkommnung die Modernisierung und der Umbruch des öffentlichen Lebens gehen. Die Straßen, die Motorisierung, der Fremdenverkehr, die öffentlichen Arbeiten — das sind die Säulen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, verwirklicht aus eigener Kraft, durch eigene Arbeit, mit eigenen Kapitalien — eine Waffe Hitlers im Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Reiches. Die deutsche Nation gibt ihrem Führer die gesparten Kapitalien in inneren Anleihen im vollen Vertrauen, daß diese Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage notwendig sind, und daß alle Maßnahmen Hitlers und seiner Regierung consequent nach einer besseren deutschen Zukunft streben. Unter dem Eindruck der impalpablen Anstrengungen und Opfer, die sich das deutsche Volk auferlegt, kehren wir nach Polen zurück. Der Zustand der Niedergedrücktheit, den man in Deutschland noch vor einigen Jahren leicht beobachten konnte, ist heute verschwunden; die Deutschen sind voll Glaubens an sich selbst, voll Enthusiasmus und Ausgeglichenheit. Man sieht es überall, auf der Straße, zu Hause, in Versammlungen und im Verkehr mit dem Einzelnen. Importierend ist auch ihr Nationalholz. Die einige Tage dauernde Besichtigungsreise, die den technischen Erzeugnissen Deutschlands galt, hat in den Teilnehmern der Studienfahrt unverwundbare Eindrücke hinterlassen. Es sind dies tatsächlich Erzeugnisse, die imponieren und von dem Organisationsstalent und der gewissen Führung des Reiches zeugen.“

## Neue Jugendorganisation des polnischen Regierungsblocks

Nachdem vor kurzem die „Legion der Jungen“, die bisherige Jugendorganisation der polnischen Regierungspartei, aufgelöst worden ist, hat diese beschloffen, sich eine neue Jugendorganisation zu schaffen. Und zwar ist vor allem daran gedacht, die akademische Jugend organisatorisch zu erfassen. Mit dieser Aufgabe wurde der frühere Ministerpräsident Jendraszewicz betraut, derselbe, der seinerzeit als Kultusminister durch die Schulreform und durch seine scharfen Eingriffe in das Leben der polnischen Universitäten und Hochschulen sich die besondere Abneigung der nationaldemokratischen Opposition zugezogen hatte. Typisch ist es bei diesem neuen Versuch einer Organisierung der polnischen Jugend, daß die Initiative nicht etwa von der Jugend selber ausgeht, sondern daß die Träger und Leiter der Organisation Vertreter der älteren Generation sind. Der Grundlag, der sich in der Jüngerjugend durchgesetzt und bewährt hat, daß die Jugend von der Jugend geführt werden soll, läßt sich in Polen nicht verwirklichen. Denn die Voraussetzung hierzu ist, daß die Jugend selber schon einen starken polnischen Willen und eine weltanschauliche Ausrichtung besitzt. Dapon aber kann in den Reihen der polnischen Jugend noch keine Rede sein. Dort gehen noch die mannigfachen Bestrebungen und weltanschaulichen Gesichtspunkte durcheinander. Die dürftige Enge des konfessio-

nellen und parteipolitischen Geistes ist in ihren Reihen noch nicht überwunden. Und wo, wie in einem Teil der mit der Regierung sympathisierenden Jugend, der Wunsch vorhanden ist, sich einer großen Idee zu verschreiben, fehlt ihr die Möglichkeit, ihr Handeln und Denken an einem fest umrissenen weltanschaulichen Vorbild zu orientieren. Es wird Vordringlichkeit nicht leicht sein, die ihm übertragene Aufgabe durchzuführen. Der meistaus größte Teil der kubierenden Jugend Polens steht heute noch im Lager der Opposition, und es hat nach den bisherigen Erfahrungen nicht eben den Anschein, als ob der Regierungsbloß eine besondere ideelle Anziehungskraft auf die Jugend auszuüben vermöchte. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß die vom Regierungsbloß aufgelegene Jugendorganisation zu einem Sammelbecken aller Elemente wird, die ihre Mitgliedschaft in der Regierungsorganisation weniger aus innerer Ueberzeugung als in der Hoffnung auf eine spätere einträgliche Anstellung im Staatsdienst erwerben. Man wird nicht behaupten können, daß eine Organisation von „Karrieristen“ geeignet sein wird, die zukünftigen Träger der vom Marschall verkörperten Idee der Legionen zu stellen. Man wird vielmehr annehmen müssen, daß der Geist, von dem sie erfüllt ist, im Grunde doch derjenige sein wird, der in den oppositionellen Parteien vorherrscht.



## Die beleidigten Aufständischen

Am 3. Mai sollten anfänglich des Jahrestages des dritten oberösterreichischen Aufstandes in Warschau große Freierrlichkeiten stattfinden, zu denen etwa 5000 ehemalige Aufständische in der Landeshaupstadt erwartet wurden. Die Freierrlichkeiten waren schon bis in alle Einzelheiten vorbereitet worden. Am 1. Mai wurde jedoch plötzlich bekannt, daß die Warschauer Aufstandsfeier ohne Angabe von Gründen abgesagt worden sei. Die Feier fand dann nicht in Warschau, sondern in Kattowitz statt. Der Hauptvorstand des Schlesischen Aufständischen Erverbandes veröffentlichte einen Aufruf, in dem es hieß: „Es wurde uns nicht erlaubt, den Aufstandsfeiertag in der Hauptstadt unseres Landes zu begehen. Um so feierlicher und mächtiger soll der Jahrestag in Kattowitz begangen werden. Wir befehlen allen Aufständischen und der Aufständischen-Jugend, sich in geschlossenen Abteilungen am 2. Mai um 20 Uhr auf dem Ring in Kattowitz aufzustellen, wo wir im Gedächtnis an unsere Vergangenheit und die Tradition des vergossenen Blutes mit aller Kraft gegen die Geringschätzung der Freierrlichkeit des Augenblicks, der Größe unserer Tatkraft und der Macht des Staates protestieren werden. Alle Fahnen sind zur Unterfreudigung der Bedeutung des feierlichen Augenblicks mitzuführen. Die Größe der Aufständischen-Tatkraft muß uns bis zum Grabe das Teuerste und Heiligste bleiben.“

Das Organ des Wojewoden Braganzki, die „Polska Zachodnia“, war ob der Abgabe der Warschauer Feiertagsfeier verärgert. Es dürfte ihr zum erstenmal zum Bewußtsein gekommen sein, daß die von ihr und ihrem Vönnern im Wojewodischensamt verfolgte Politik sich doch nicht so recht mit dem offiziellen Kurs der polnischen Regierung vereinbaren läßt. „Die Abgabe der Freierrlichkeiten“, schrieb das Blatt, „muß offensichtlich durch wichtige Gründe verurteilt worden sein, die wir nicht kennen (?). Wir wissen aber, daß die Abgabe der Aufständischenfeiern eine unangenehme Uebererraffung für die patriotische polnische Gemeinschaft in Schlesien

war. Wir wissen, wie schwer die Enttäufchung gerade die Aufständischen in Schlesien empfinden, und so müssen wir das tiefste Bedauern darüber ausdrücken, daß es dem Verband der schlesischen Aufständischen nicht vergoht war, in Warschau seine patriotischen Gefühle und sein heißes Empfinden für das polnische Vaterland zu bezeugen. Wir sind uns darüber klar, daß es schwer sein wird, den Massen der Aufständischen zu erklären, warum nicht in der Hauptstadt Polens die Feiertag stattfinden konnte, die sich an die aufopferndsten Taten des polnischen Volkes in Schlesien knüpfen. . . . Wir sind aber“, so schloß das Blatt des Wojewoden, „überzeugt, daß die schlesischen Aufständischen die tiefe Trauer und Enttäufchung würdig zu tragen wissen werden im Gedächtnis daran, daß das noch ein Opfer sein wird, das sie auf dem Altar der Vaterlandsiebe niederlegen.“

Dem Aufruf des Hauptvorstandes entsprechend fand auf dem Kattowitzer Ring eine aus allen Teilen der Wojewodschaft bestehende Kundgebung der Aufständischen statt. Von den Festrednern wurde nach den üblichen Festreden gegen das Verbot des Warschauer Aufständischen Einspruch erhoben. Das Verbot, erklärte der Vorsitzende Borz, sei für die Aufständischen eine schmerzliche Enttäufchung gewesen. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Aufständischen, die treuen Söhne des großen Vaterlandes und die sichersten Soldaten des geliebten Warschauer Volks sind, sich durch die Abgabe der Warschauer Gedenkfeiern in ihrem Nationalstolz beleidigt fühlen. In einer zweiten Entschließung wurde festgestellt, daß die Zeitung des Verbandes in der Angelegenheit der Warschauer Feiertage der „Föderation der Vaterlandsverteidiger“ nicht die Solidarität gefunden hätte, die die Wichtigkeit des Augenblicks verlangte, und daß es notwendig sei, das Verhältnis des Aufständischenverbandes zur „Föderation“ zu revidieren. Am übrigen hat die Zeitung der Aufständischen beschlossen, sich wegen dieser ganzen Angelegenheit mit den höchsten Staatswürdentragern in Verbindung zu setzen.

## Osland-Chronik

### Das Öffentlichkeitsrecht

Nach einer Mitteilung des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien ist in den Angelegenheiten betreffend die privaten Winderheiten-Gymnasien in Oberschlesien auf dem Wege gültiger Verhandlungen eine Regelung erzielt worden, „die der Billigkeit und den kulturellen Interessen beider Winderheiten entspricht“. Insbesondere wird dem deutschen privaten Gymnasium in Chorzow (Königsbütte) und dem privaten polnischen Gymnasium in Beuthen mit sofortiger Wirkung das Öffentlichkeitsrecht gewährt. In diesen beiden Gymnasien wird die Reiseprüfung schon im Schuljahr 1934/35 nach den Vorschriften stattfinden, die für die staatlichen Gymnasien gelten. Der Präsident der Gemischten Kommission, heißt es in der Mitteilung weiter, „gibt seiner lebhaften Benützung darüber Ausdruck, daß es durch gegenfeitigen guten Willen und mit der wohlwollenden Unterstützung der polnischen und der deutschen Behörden gelungen ist, diese betriebligende, verständnisvolle Lösung herbeizuführen.“ Mit dieser Regelung ist ein Streitfall beigelegt worden, der von polnischer Seite zum Anlaß genommen worden ist, um eine die Öffentlichkeits Polens vernimmende und aufreizende Hege gegen Deutschland in Szene zu setzen. Es ist zu begrüßen, daß bei dieser Gelegenheit wenigstens einem der deutschen Gymnasien in Oberschlesien, das „wazg. zyg. -verortegte -ckfverfichtesrecht, endlich zurkannt worden ist.

### Die Landesgruppe Polen der NSDAP.

Der Kratator „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ veröffentlichte am 9. Mai ein Interview seines Warschauer Mitarbeiters mit Karl Buerger, dem Leiter der Landesgruppe Polen der NSDAP. In einer Vorbemerkung sagt die Redaktion des Blattes, es sei nicht alltäglich, daß ein Konjunktionsbeamter (B. ist Konjunktionssekretär) gleichzeitig Parteiführer

sei, und man müsse erwägen, „ob dies rechtmäßig sei“. Buerger, so heißt es dann u. a., beabsichtigt nicht, Fühlung mit den polnischen Staatsbürgern deutscher Zunge zu nehmen. Wenn er das täte, so würde er von seinem Posten abberufen werden. Wenn die NSDAP, wie kürzlich in Königsbütte, Beratungen veranstaltete, so würden zu diesen nur Personen zugelassen, die deutsche Pässe besäßen. In Königsbütte sei der Polizeikommissar eingeladen worden, an der Veranstaltung teilzunehmen. Von der von der Landesgruppe Polen herausgegebenen Zeitschrift „Idee und Wille“, die nur in 500 Exemplaren gedruckt werde, sei jedoch die zweite Nummer erschienen. Das Blatt gebe den Leitern der Ortsgruppen zu, die es nach Belieben unter den Parteigenossen verteilen. Vor Erscheinen des Heftes werde der Inhalt von der Parteizentrale in Deutschland geprüft. Ortsgruppen habe die NSDAP nur in Pommerellen in Polen, in Oberschlesien und in Böh. Auf die Frage des Berichterstatters, wie stark die Zahl der Parteigenossen in Polen sei, habe Buerger keine Antwort geben wollen; er könne nur sagen, daß es der Partei nicht auf die Zahl, sondern auf die Qualität ihrer Mitglieder ankomme. Die Partei mache bei Aufnahme neuer Mitglieder Schwierigkeiten. Wer der Partei in Polen beitreten wolle, müsse sich als deutscher Staatsbürger ausweisen, dürfe nicht vorbestraft sein und erst entsprechende geistige Vorbereitung aufweisen. Dann erst werde er als Kandidat aufgenommen, worauf nach zwei „tagren“ seine „erhöhtigte Aufnahme“ in die Partei erfolge.

### Kündigung von Deutschen in Ostoberschlesien

In nächster Zeit wird in Ostoberschlesien wieder eine Anzahl von Deutschen entlassen werden. In der kürzlich beschiedenen Verwaltung haben 52 Angestellte ihre Kündigung um 1. Juli erhalten. Beschiedene Anzeigen sprechen dafür, daß zum 1. September neue Kündigungen zu erwarten sind und damit die letzten Deutschen Angestellten aus dem Fürstlich Plehischen Konzern

entfernt werden. Außerdem hat der Demobilismachungs-Kommissar am 1. April etwa 170 deutsche Angehörige aus der Schwerindustrie zur Entlassung freigegeben.

### Deutsche Künstler in Polen

Am Rahmen der Freier ihres 50jährigen Bestehens veranstaltete die deutsche „Historische Gesellschaft für Polen“ eine Kunstausstellung, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, einen Ueberblick über das zeitgenössische künstlerische Schaffen der deutschen Volksgruppen in Polen zu geben. In dieser Ausstellung trat eine ganze Anzahl guter, meist junger Talente mit einer Auswahl von Werken vor die Öffentlichkeit. Das ostbercheleische Deutschtum war durch Franz Sitorra, Hans Konheiser - Stoczw, Hans Neumann, Rudolf Kober-Königshütte und Alfred Slupit-Königshütte vertreten. Prof. B. Strauß und Sertha Strzgowski vertraten das Westlicher Deutschtum, Friedrich Kuniger-Kobz das Deutschtum Mittelpolens. Das künstlerische Schaffen der Deutschen Polens und Pommerellens kam in Gemälden, Holzschnitten und Zeichnungen von Robert Jarekly-Polen, in einigen Graphiken von Karl-Heinz Jensek und Willy Heyer und in Arbeiten von Rudolf Domiczel-Polen, Hans Buch-Polen, Zeno Schindler-Zempelburg, Anne Schulze-Koeppel-Thorn und Bruno Bielawski-Polen zum Ausdruck.

### „Mein Kampf“ in Polen

Die Frage, ob das Buch des Führers, „Mein Kampf“, in Polen freigegeben oder verboten ist, ist noch immer nicht völlig geklärt. Auf Grund einer katowischer Gerichtsentscheidung wurde eine Seite des Buches beschlagnahmt. Wie weiter die kadower „Freie Presse“ mitteilte, haben in den kadower Buchhandlungen Polizeibeamte nach diesem Buch gefahndet. Es ist wohl endlich an der Zeit, daß von der hierfür zuständigen höchsten Instanz eine klare und allgemein bindende Stellungnahme erfolgt. Denn es macht ganz gewiß keinen guten Eindruck, wenn hier ein Richter aber dort ein Polizeibeamter bald unter diesem, bald unter jenem Vorwand ein Buch beschlagnahmt, das auf Grund gewisser Pressemeldungen eigentlich als in Polen nicht verboten gelten kann. Andersfalls müßte man entweder am guten Willen oder an der Autorität der betreffenden Regierungsstelle zweifeln.

### Wechsel im Vorstand der Welage

Der Vorsitzende des Vorstandes der Westpolnischen landwirtschaftlichen Gesellschaft, Senator Dr. Bussé, ist am 30. April von seinem Amt zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Otto Söndermann, Dombin, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, gewählt. In Söndermanns Stelle ist Erich Ruff, Bistupin, als stellvertretender Vorsitzender getreten.

### Ueberfälle auf Deutsche

Nach einer Bibelstunde, die unter Leitung des evangelischen Diakons Vlysius aus Neu-Bartoschin, Kreis Berent, stattgefunden hatte, begaben sich die Teilnehmer, junge evangelische Deutsche, nach Hause. Dabei wurden sie von einer Horde polnischer Wurschen überfallen. Der Diakon Vlysius wurde von den Polen auf einen Hof geschleppt und dort mit Fausttätten und Messern verbart bearbeitet, daß er mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

Am 4. Mai fand in Orzechheim im Kreise Mogilno ein gut besuchtes Waldvergünder der Jungdeutschen Partei statt, das durch einen Ueberfall durch polnische Elemente aus Strelino, Bieloso und der Tremessener Gegend gestört wurde. Im Saal entstand eine Schlägerei, und zu gleicher Zeit wurde das Lokal von außen mit Steinen beworfen. Mehrere Teilnehmer mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Am Abend desselben Tages wurden am evangelischen Pfarrhause in Orzechheim die Fenster zertrümmert eingeworfen. Am folgenden Tage wurde schließlich auf den evangelischen Pfarrer von Orzechheim, Diestelkamp, als er in der Gemücker Kirche Gottesdienst abhielt, ein Schuß abgegeben, der in der Nähe der Kanzel einschlug.

Auch an anderen Orten dauern die Ueberfälle auf Angehörige der deutschen Volksguppe an. Ein Teil der polnischen Presse hebt unermüdet weiter zu Gemaltnissen gegen die Deutschen auf. Eine besondere Rolle spielt hierbei wieder das Blatt des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, die „Gazeta Gdanska“. Ohne die Spur eines Beweises vorzubringen, stellte dieses Hebergorn u. a. die Behauptung auf, daß in Danzig jetzt „eine systematische Verfolgungssaktion gegen diejenigen eingeleitet hat, die bei der Volksstagswahl für die polnische Liste gestimmt haben“. Dann fordert das Polenblatt zu: „Berichtigungsmahnungen“ gegen die Deutschen in Polen auf, „da eine Generation dem deutschen Lager mehr Schaden zufügen kann, als die genannte Aktion (d. h. die angebliche „Verfolgung“ der Danziger Polen) im polnischen Lager anzurichten vermag. . . . Es geht uns darum“, schrieb die Danziger „Gazeta“ weiter, „daß wir den deutschen Einwohnern in der Reichsbel und anderen Orten der Republik Polen baldigst mitteilen können, daß die Lage der Polen in der Freien Stadt ebenso ist, wie ihre Lage in Polen.“

### Organisierter Kampf gegen das Deutschtum

Gegen die Schuldigen an den blutigen Ausdehreitungen in Neustadt und Umgegend, die in dem Dorfe Klein-Rah ein Todesopfer forberten, ist, wie es scheint, von amtlicher polnischer Seite nichts unternommen worden. Die Agitation gegen die deutsche Volksguppe geht unentwegt weiter. Verschärfend ist es noch zu neuen Ausdehreitungen gekommen. Im übrigen aber wird der Kampf jetzt mehr in der Stille mit den Mitteln des moralischen und wirtschaftlichen Druckes geführt. Bezeichnend für die Methoden ist eine Entschleunigung, die am 1. Mai von den Vorsitzenden der polnischen Organisationen in Dirschau gefordert worden ist. In dieser Entschleunigung wird gegen die deutschen Organisationen der Vorwurf erhoben, daß sie mit unerlaubten Mitteln in den Reihen der polnischen Bevölkerung Propagandawerkzeugen zu fassen versuchen. Es ist dort von „Staatsbürgern polnischen Volkstums“ die Rede, „die für eine hand voll Mehl oder für ein paar Glotz ihre Kinder für die deutschen Schulen einschreiben“. Diesen angeblichen Polen wird damit gedroht, daß, wenn sie ihre Kinder nicht unverzüglich aus den deutschen Schulen herausnehmen, „sie als abtrünnige Renegaten aus der polnischen Gemeinschaft ausgeschlossen und ihre Namen zur ewigen Schande öffentlich bekanntgegeben werden“. Dann heißt es weiter: „Jeder Staatsbürger polnischer Nationalität, der sich nach dem 15. Juni in den Reihen der deutschen Verbände oder Organisationen befindet, oder dessen Kind die deutsche Schule besucht, kann als Renegat auf keinerlei Hilfe seitens der polnischen Institutionen und Verbände rechnen. Die unterzeichneten Organisationen wenden sich mit der Bitte an die Behörden und staatlichen sowie kommunalen Ämter, daß sie im Verhältnis zu derartigen Renegaten die entsprechenden Konsequenzen ziehen . . .“

### Eine verdiente Abfuhr

Die Polen in den Vereinigten Staaten hatten seit längerer Zeit eine großangelegte Agitation entfaltet, deren Ziel es war, das Andenken ihres Landesmanns Pulaski durch einen allgemeinen amerikanischen Feiertag zu begehen. Vor einiger Zeit war diese Agitation so weit gediehen, daß die beiden Kammern des Kongresses beschloßen, den 11. Oktober alljährlich als Pulaski-Feier festzusetzen. Präsident Roosevelt hat den amerikanischen Polen jedoch einen Eintrag durch die Rechnung gemacht. Er hat gegen den Beschluß des Kongresses sein Veto eingelegt, mit der Begründung, daß er weit davon entfernt sei, die Verdienste Pulaskis um die Unabhängigkeit der Staaten herabzusetzen; aber es sei doch zu befürchten, daß ein solcher Beschluß die Festsetzung unzähliger ähnlicher Feiern nach sich ziehen müsse, wenn man die um die Unabhängigkeit verdienten Männer sämtlich feiern wolle. Die Vereinigten Staaten hätten nur einen Nationalfeiertag, den Tag Washingtons. Die amerikanische Presse ist mit dem Veto des Präsidenten einverstanden. Für die Polen, die den Ehrgelz besaßen, ihren Landsmann Pulaski alljährlich von der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit als Nationalhelden gefeiert zu sehen, bedeutet das eine peinliche Schlappe. Sie haben sich daran erinnern lassen

müssen, daß der Pöse, der in den amerikanischen Unabhängigkeitstempfen eine Rolle gespielt hat, nur einer unter vielen war, die sich für die Unabhängigkeit der Staaten einsetzt haben. Diese Schlappe wird hoffentlich mit dazu beitragen, daß die Polen es allmählich lernen, sich in fremden Ländern etwas weniger anpruchsvooll zu benehmen.

### Kampf um die Guidothütte

Am 1. Mai ist die Guidothütte-Zinzhütte in Schließergarbe (Stobroberstein) stillgelegt worden. Das bedeutet, daß weitere 500 Arbeiter ihren Verdienst verlieren. In der entscheidenden Sitzung erklärte der Demobilisierungskommissar, die Behörden hätten nichts unversucht gelassen, um die Stilllegung der Hütte zu verhindern, aber es sei nicht mehr möglich gewesen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten; auch die Übernahme der Hütte in die staatliche Verwaltungen habe sich als undurchführbar erwiesen. Die Guidothütte gehört zur Donnerstagsmarchen Verwaltung. Sie ist seit Jahren unrentabel, und ihre weitere Aufrechterhaltung würde die übrigen Betriebe der Verwaltung gefährden. Der von einer hoffnungslos Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter hat sich eine verzwweifelte Stimmung bemächtigt. Die gesamte Belegschaft weigerte sich am 29. April, die Arbeitsstätte zu verlassen. Die Arbeiterschaft blieb mehrere Tage im Werk; ein Teil trat in den Hungerstreik. Doch erwies sich die Hoffnung, durch die Demonstration den Fortbestand des Betriebes zu erzwingen, als verfehlt. Für den verhältnismäßig kleinen Ort Schließergarbe bedeutet die Stilllegung der Hütte eine schwere Belastung, zumal sich die Zahl der Arbeitslosen wahrcheinlich noch dadurch erhöhen wird, daß die Schließergarbe, die bisher die stillgelegte Hütte mit Rohle beliefert hat, ihren Betrieb wird einschränken müssen.

### 1000 hultschiner Erntearbeiterinnen in Deutschland

Alljährlich werden von den Großgrundbesitzern in Sachsen und Pommern etwa 1000 Frauen aus dem hultschiner Ländchen als Saisonarbeiterinnen angefordert. Fünfzehn Jahre lang, seit der Abtretung des hultschiner Ländchens, war der tschechische Staat über diese Entlastung des Arbeitsmarktes sehr erfreut, zumal dadurch etliche hunderttausend Kronen aus Deutschland in die Republik flossen. In diesem Frühjahr letzte seitens der tschechischen Presse eine

gefähliche Hehe gegen die Beschäftigung der hultschiner Frauen in Deutschland ein, da sie hierin eine gefährliche Entnationalisierungssaktion" erblickt. Das Ministerium in Prag beschloß, für die 1000 freien Arbeitsplätze in Deutschland 700 slowakische und 300 Arbeiterinnen aus Mähren und Schlesien zu entsenden. Daraufhin kam es in allen Gemeinden des hultschiner Ländchens zu erbitterten Protestaushebungen. Obwohl das Gebiet mehrere tausend Arbeitslose hat, wurden von einigen Dominien slowakische Landarbeiter eingestellt. Die hultschiner griffen in ihrer Verzweiflung zum letzten Abwehrmittel und drohten mit der Vernichtung sämtlicher Dominien, die fremde Arbeitskräfte an Stelle der einheimischen einstellten. Als das Gut in Bolatitz in Flammen aufging, genehmigte das tschechische Ministerium die Verwendung von 1000 hultschiner Frauen in der reichsdeutschen Landwirtschaft.

### Vorgehildliches Schulungslager in Ostpreußen

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranlaßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und in Zusammenarbeit mit dem R. S. Lehrerbund (Abteilung Erziehung und Unterricht) und dem Reichsbund für Deutsche Vorgesetzte (Union-Prof. Dr. Reinert) in der nächsten Zeit mehrere vorgehildliche Schulungslager. Für Ostpreußen ist ein solches Lager vom 11. bis 16. Juni 1935 geplant. Die Leitung hat Herr Professor Dr. Richthofen, Königsberg, übernommen. In Vorträgen und Uebungen soll das Gesamtgebiet der Vorgesetzten zur Darstellung kommen, soweit es für den deutschen Behauptungskampf in Mitteleuropa ausschlaggebend ist. Lehrbeispiele, Bildredungen des Schrifttums, der Lehrmittel und Ausdauerungsbilder, Erlebnis einer Ausgrabung sollen neben der wissenschaftlichen Darbietung eine praktische Verbindung zur Vorgesetzten schaffen. An dem Lager können Lehrer und Lehrerinnen aller Schularten teilnehmen. Die Unkosten für Unterbringung, Verpflegung und Verhahrt werden 17,— RM nicht übersteigen. Außerdem wird eine Einschreibgebühr von 1,— RM erhoben, die zugleich mit der Anmeldung an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht — Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, Postfachkonto Berlin Nr. 687 31 — zu entrichten ist. Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. wird den zugelassenen Teilnehmern gewährt.

## Die Pöserer Messe

Die 14. Internationale Messe in Polen, die vom 28. April bis zum 4. Mai stattfand, war erheblich besser besucht und beschrift als die Veranstaltungen der vergangenen Jahre. Insgesamt wurden etwa 170 000 Besucher gezählt, gegen 75 000 im Jahre 1934. Aus dem Auslande kamen etwa 4000 Besucher, davon 2300 aus Deutschland. Der von den 1820 ausstellenden Firmen (im Vorjahre 780) erzielte Gesamtumsatz betrug etwa 40 Millionen Zloty. Die einzelnen Branchen waren an den Abschlüssen natürlich sehr verschieden stark beteiligt. Starke war die Nachfrage vor allem in Büromaschinen und -artikeln, Fahrrädern, Metallwaren, Motoren, Stahlmöbeln usw. Bemerkenswert war einerseits, daß das Handwerk auf der Messe dieses Mal vertreten und damit aus der Enge des totalen Absatzmarktes herausgetreten war, und andererseits, daß die Industrien für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte im Gegensatz zu früheren Jahren spärlich vertreten waren und auch kaum nennenswerte Abschlüsse zu tätigen vermochten.

49 deutsche Firmen waren mit eigenen Verkaufsständen vertreten. Außerdem waren noch etwa 80 deutsche Firmen durch ihre hiesigen polnischen Vertretungen auf der Messe anwesend. Schließlich war die Messe auch noch vom W. B. R. A. der deutschen Wirtschaft mit einer erlesenen Kollektion deutscher Erzeugnisse aller Art beschrift worden. Viel Beachtung fanden die kleinen und mittleren Wagen von Mercedes-Benz, DKW, Adler und BMW. Der Dieselmotorenbau Mannheim und die Inverterslugerwerke hatten zwei Dieselmotoren ausgestellt. Vertreten waren die Inbandbrennstoffe, die Spitzenfirmen der deutschen Spielzeugindustrie, die bekanntesten deutschen Firmen der optischen Industrie, die Offenbacher Lederindustrie u. a. m. Zur Eröffnung der Messe waren neben dem Pöserer Generalkonful

Dr. Lütgens der Oberpräsident und Gauleiter von Schlesien, Wagner, der schlesische Landesbauernführer von Reibnitz und die Danziger Senatoren Fuh und Bager erschienen. Die Hoffnung, daß die Beteiligung an der Messe unmittelbar einen besonders großen Nutzen für die deutsche Industrie bringen würde, war allerdings der geringen Kaufkraft und der immer noch herrschenden Poststoffknappheit allerdings nur gering. Immerhin wurden ganz beachtliche Abschlüsse getätigt. Den auf der Messe vertretenen deutschen Firmen war für 12 Warengruppen ein zusätzliches Messefahrkontingent in Höhe von etwa 2,5 Millionen Zloty zugestanden worden. Doch kam es für Deutschland in erster Linie einmal darauf an, in Polen die Bilienkarte seiner Wirtschaft abzugeben. Es war weniger Wert auf die Ausstellung von Waren gelegt worden, in denen Deutschland auf dem polnischen Markt mit der polnischen oder mit der Industrie anderer Länder zu konkurrieren hat; sondern man hatte das Hauptgewicht darauf gelegt, den polnischen Besuchern solche deutschen Erzeugnisse zu zeigen, die in ihrer Art und Qualität eine fremde Konkurrenz nicht zu fürchten haben. Ferner waren vor allem solche Fertigerzeugnisse der deutschen Industrie vorgeführt worden, in denen möglichst viel deutsche Verarbeitung liegt, bei denen also der Anteil an ausländischen Rohstoffen gering, der Anteil der Arbeitslöhne dagegen sehr hoch ist. Diese Auswahl hat sich offenbar bewährt. Die deutsche Kollektionsausstellung hat ihre propagandistische Wirkung nicht verfehlt. Sie hat unter allen ausländischen Ausstellungen, die auf der Pöserer Messe vertreten waren, die stärkste Beachtung gefunden. Für die künftige Ausgestaltung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen hat die Pöserer Messe einige wertvolle Fingerzeige gegeben.

# Zwei Jahre ostpreussischer Vorgeschichtsforschung

In richtiger Einschätzung der hohen Erziehungswerte, die in der Vaterkunde liegen, hat der heutige Staat der vorgeschichtlichen Forschung und der Verbreitung ihrer Ergebnisse seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Viele neu errichtete Lehrstühle an den Universitäten sorgen nunmehr für wissenschaftliche Erarbeitung des Lehrstoffes. Reichlicher als früher stießen Geldmittel für Grabungen und Untersuchungen auf deutschem Boden. Das lange vorbereitete neue Ausgrabungsgesetz wird jetzt zur Tat werden. Was Wunder, daß so mit einem Schläge gewissermaßen über Nacht die Ur- und Frühgeschichte zur allgemeinen Volksfache geworden ist.

Auch Ostpreußen hat diese Entwicklung in starkem Maße ergriffen. Es gibt kein Gebiet in Deutschland, das so reich an vor- und frühgeschichtlichen Gräbern ist wie gerade diese Provinz; sie ist im wahrsten Sinne des Wortes „ein Gräberfeld“. Die letzten beiden Jahre brachten hier die Erforschung der Leberreste aus grauer Vorzeit einen bedeutenden Fortschritt. Eindrudssollter als Worte sprechen hier Zahlen. Während für das Jahr 1932 annähernd 300 Fundstellen neu verzeichnet wurden, konnten im verflochtenen Jahre gegen 750 Fundstellen neu gebucht werden, was einem Zuwachs von über 150 v. H. gleichkommt. Eine noch höhere Steigerung haben die Tagewerte im Gelände erfahren. Hier steht dem Jahre 1932 mit rund 590 Tagewerken das Jahr 1934 mit 1640 gegenüber, was eine Verdreifachung der Arbeitsleistung im Gelände bedeutet. Was früher nicht möglich erschien, ist geleistet worden, aber nur deshalb, weil die Ur- und Frühgeschichte in der nationalsozialistischen Bewegung fest verankert und zur Volksangelegenheit geworden ist.

Eine Freude ist es heute, auf diesem Gebiete zu arbeiten. Zwar kommen hier und da noch Fehlgriffe und unbeachtliche Zerstörungen des unerforschlichen, wertvollen Fundgutes vor. Hätten alle jene es nur gewußt, daß der Forscher bei rechtzeitiger Anmeldung von Funden ihnen die Grabsteine aus dem Boden holt, ohne daß sie auch nur den Finger zu rühren und Arbeit und Schwweiß daranzusetzen brauchen! Manches wäre gerettet und sicher geborgen worden. Die hohe Zahl der Meldungen beweist aber andererseits, wie rege die Volksgenossen auf dem Lande an den in ihrem Ackerboden ruhenden Leberresten einer vergangenen Kultur und so an der Urgeschichte ihrer Heimat Anteil nahmen. Das Telephon des Brüssia-Museums stand nicht still, briefliche Meldungen häuften sich. Einige Bilder bleiben unvergessen. Ein Angehöriger des Arbeitsdienstes reist am Wochenende nach Königsberg „zu Muttern“. In seinem Arm trägt er behusamt eine beim Wegebau in der Nähe von Hagenborn, Kreis Braunsberg, gehobene Urne. Er ahnt mehr als er es weiß, daß sie eine

Bedeutung hat. Und die gutachtliche Feststellung im Brüssia-Museum, dem er sie überbringt? Eine gotisch-germanische Urne, deren Fundplatz die Hausabehnung der Germanen im 3. Jahrhundert n. Chr. um zwei Meilen weiter, als früher bekannt, nach Ostpreußen hinein vorzieht. Ein Händruch des Donates, dazu eine Fundnummer waren der Lohn. In einem Gasthaus scharen sich die Ortsanwohner um den Ausgräber, der gerade das Ergebnis des Tages überprüft. Fragen werden gestellt. Ein Vortrag erläutert jedes einzelne Stück und läßt vor den staunenden Augen der Anwesenden eine neue Welt von ungeahnter Größe und Weite entstehen. Randläger, parteipolitische Organisationen, Bauernschaft und Erzieher werden ebenfalls durch Vorträge erfaßt. Die seit Jahren gesuchten Pfleger wirken hierbei in erfolgreicher Weise mit. Die Vorgeschichte unseres Volkes und die Verbreitung ihrer Kenntnis ist auf dem Marsche!

Noch eine andere Tatsache verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung. Es hat sich nämlich auch die Zahl der Besucher des Brüssia-Museums stark vermehrt; sie ist von 19 000 des Jahres 1932 auf rund 33 000 im verflochtenen Jahre gestiegen. Welche Deutung hat man dieser gemaltigen Steigerung zu geben? Ohne Zweifel muß sie als Ergebnis der Erziehungsarbeit des nationalsozialistischen Staates angesehen werden, der sich heute in erhöhtem Maße der art- und weisenseitigen Bildungsmittel bedient. Wo aber tönt das hohe Lied der Heimat härter ins Ohr, wo wird das Denken, Fühlen und Wollen härter verehrt, wenn nicht dort, wo vergangene Zeiten durch ihre Kulturwerte von schwindender Lebenslieferung anschaulich erzählen, Heimatinn und Volksverbundenheit wecken und zum stolzen wässigen Selbstbewußtsein hinführen: Im landesföndlichen Museum! Mit seinen 33 000 Besuchern steht das Brüssia-Museum an erster Stelle unter ähnlichen Volksbildungsanstalten Königsbergs. Es steht zu hoffen, daß in Zukunft dem hohen Werte

## Diese 24 teilige Garnitur



**Kunsthorn-Bestiede**  
**24 teilige Werkstoffingen**  
**RM. 4.90**  
 gegen Nachn. Diesele Garnitur, alle 24 Teile verchromt.  
**RM. 7.90**

Bei Nichtgefallen Geld zurück.  
 Silber-Bestiede auf Anfrage.  
 Vertreter gesucht!  
**Paul Steinberg**  
 Haan b. Solingen Nr. 103

## ordentl. Generalversammlung

findet am 1. Juni 1935, um 11 Uhr vormittags, in der Wohnung des Vorstandsmitglieds Albert Duppel, Wilhelmstraße, Kreis Westpreußen (Wom.), statt, wozu die Mitglieder hierdurch eingeladen werden.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1934.
  2. Vorlage und Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung am 31. 12. 1934.
  3. Verteilung des Reingewinns.
  4. Bericht des Aufsichtsrats über die gesetzliche Revision.
  5. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
  6. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
  7. Änderung des § 21 der Satzung.
  8. Verschiedenes.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung am 31. 12. 1934 liegt im Geschäftsbüro, Berlin W 30, Woystraße 46, II, zur Einsichtnahme der Mitglieder aus.

Gemeinnützige Zielungsangelegenheiten  
 „Ostmark“ e. G. m. b. H.  
 Der Vorstand:  
 Duppel, Gräberer.

Am 1. Mai 1935 verschied nach schwerem, mit großer Geduld und Standhaftigkeit ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater, lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Oberlehrer

## Berthold Arlt

(früher Lehrer und Kantor in Adelnau) im 65. Lebensjahr.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen  
**Agnes Arlt**, geb. Jantzen, Leipzig S 3,  
 Hardenbergstr. 20c,  
**Dr. med. F. W. Arlt**, Kassel, Weserstr. 20 1/2,